

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag 13. Februar 1930
12. Jahrgang, Nummer 37

Preis: Inland täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, Postgebühren eingeschlossen 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf.
Abendblatt 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf.
Abendblatt und Zeitung 1,20 Mk., monatlich 4,00 Mk., Einzelnummer 20 Pf.
Abendblatt und Zeitung 1,20 Mk., monatlich 4,00 Mk., Einzelnummer 20 Pf.
Abendblatt und Zeitung 1,20 Mk., monatlich 4,00 Mk., Einzelnummer 20 Pf.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Kreuzberg Nr. 20, Tel. 2002.
Postadressen: Breslau 544, Postfach 1000, Postfach 1000.
Straßen 50, Tel. 239 02, Sprechzeit des Redaktionsbüros 12-14.
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Sprechzeit des Redaktionsbüros 12-14.
Sprechzeit des Redaktionsbüros 12-14.
Sprechzeit des Redaktionsbüros 12-14.
Sprechzeit des Redaktionsbüros 12-14.

Kampfruf gegen Young-Diktatur

Der Führer der bolschewistischen Partei zeigt den Weg zur revolutionären Zerreißung des Ausbeutungs- und Verflabungspaktes

Das Schacht-Parlament berät den Young-Plan. Im Eilzugtempo natürlich. Die ganzen Young-Gesetze sollen ohne viel Aufhebens, ohne daß die werktätigen Massen sich ihrer drückenden Schwere voll bewußt werden, schnellstens verabschiedet werden. Aber bei aller Eile, mit der die Regierung den Tributplan unter Dach und Fach bringen will, kann sie nicht verhindern, daß die Kommunisten von der Tribüne des Reichstags herab den proletarischen Millionenmassen die wirkliche Bedeutung des Young-Plans erklären und den rettenden Ausweg zeigen.

Einschläfernde Auseinandersetzungen der Curtius und Breitscheid, die zu der von den Schwerindustriellen Herren der Volkspartei befallenen Feststellung kommen, daß der Young-Plan für die deutsche Bourgeoisie doch weniger Zahlungen bringe als der Dawes-Plan. Eugen Berg zeigt, seit sieben Jahren zum erstenmal, auf die Rednertribüne, und was man da als Oppositionsprogramm vorgelegt bekommt, ist der Inbegriff völliger Hilflosigkeit des nationalen Mächtigern-Diktators, der zwar gegen den Young-Plan schimpft, aber, als die Kommunisten ihm zurufen: „Was wollen Sie denn machen?“, verlegen die Schultern zuckt.

So betreten sie alle ihre Young-Sprüchlein herunter, ein Graf, (natürlich von den Nazis!), ein Freiherr (Deutsche Volkspartei) und fünf Doktoren von der bürgerlich-sozialdemokratischen Front.

Wie der Arbeiter, bis der Volkswilliam kam. Wie durch das Auftreten des Genossen Thälmann eine neue, die proletarische Welt, in den Wäldern einbrach. Wie der Führer der kommunistischen Partei in padenden und mitreißenden Worten der Young-Bilanz des deutschen Finanzkapitals gegenüber die proletarische Rechnung aufmachte. Die zehn Millionen, die in Deutschland ohne Grundherren sind, weil die Väter und Brüder das Glend der Erwerbslosigkeit durchkosten, die Millionen Sozialrentner und Kriegsbeschädigten, die Wohnungslosen und alle die, die unter den neuen Steuer- und Zollgesetzen leiden, — zu ihrem Anwalt wurde der kommunistische Führer, der zur gesamten Arbeiterklasse sprach, als er in großen Zügen die Weltsituation und die Wirtschaftskrise angrifferte. Die Anklage, die Genosse Thälmann gegen den 600 000-Mark-Tunso, den Schacht mit seinen 2 700 000 Mark Pfändung und gegen die ganze kapitalistische Klasse erhob, ist die Anklage aller Hungernden, aller Notleidenden, aller Unzufriedenen in Deutschland!

(Ausführlicher Bericht über Thälmann-Rede im Innern des Blattes.)
Aber die Kommunisten wären nicht die, die sie sind, wenn sie sich mit bloßer Anklage begnügten. In den Worten des Genossen Thälmann, der die Tatsache der sozialdemokratisch-nationalistischen Einheitsfront für Young mit Beweisen belegte, entstand das Bild und der Umriss einer neuen, vom Proletariat aufzubauenen Welt, der Welt des Sozialismus, in der es weder Ausbeuter noch Ausgebeutete gibt.

„Die russischen Arbeiter haben uns gezeigt, wie man internationale Agitation betreibt, sie haben uns gezeigt, wie man den Kapitalismus kürzt und den Sozialismus aufbaut. Wir werden es ihnen nachmachen.“

Der Beifallskraus, der diesen Worten folgte, wird sein Echo im ganzen Reich finden, wo Millionen und Millionen Erwerbslose und Betriebsstätige, kleine Mittelständler, Landproletarier und Intellektuelle ihre ganze Hoffnung und Kraft auf die kommunistische Partei, die eiserne Kohorte der den Young-Plan zerreißenden proletarischen Revolution, setzen!

rote Betriebsräte wählen vorbereiten

„Es ist selbstverständlich, daß es im Jahre 1930 nicht genügt, den Kurs der selbständigen Randbetrieuren bei den Betriebsrätewahlen von 1929 einfach zu wiederholen. Die Bourgeoisie allein sorgt schon dafür, daß die Betriebsrätewahlen in diesem Jahr auf einer höheren Stufe des Klassenkampfes von hinten gehen als im Vorjahre.“

Überall müssen jetzt die Wahlausschüsse für die Betriebsräte gewählt werden. In den Betrieben, wo Betriebsräte bereits bestehen, wird der Wahlausschuss nach dem Betriebsrätegesetz durch den Betriebsrat gewählt. Es muß bei der Zusammensetzung des Wahlausschusses die Minderheit im Betrieb berücksichtigt werden. Dieser von den Betriebsräten gewählte Wahlausschuss ist eine durch das Betriebsrätegesetz festgesetzte Institution. Die Aufgabe dieses Wahlausschusses ist die Betriebsrätewahl auf der gesetzlichen Grundlage durchzuführen, das heißt das Wahlschreiben zu erlassen, die Kandidatenlisten entgegenzunehmen und die Mitteilung, wer gewählt ist, an die einzelnen Kandidaten gelangen zu lassen.

Für uns geht es darum, daß die Wahlausschüsse, die wir haben, durch die Betriebsbelegschaften revolutionäre Wahlausschüsse geschaffen werden, in denen möglichst viele Arbeiter, Arbeiterinnen und Jugendliche vertreten sind, die sich aus möglichst vielen Werkstätten und Abteilungen des Betriebs rekrutieren.

Die Aufgabe der revolutionären Wahlausschüsse ist, die Betriebsrätewahl auf revolutionärer Grundlage vorzubereiten, die Arbeiterchaft für die Wahl revolutionärer roter Betriebsräte zu mobilisieren. Die revolutionären Wahlausschüsse sind die Organe des Klassenbewußten Proletariats, die Organe des revolutionären Klassenkampfes. Sie haben den Arbeitern und Arbeiterinnen im Betrieb die Bedeutung der Betriebsrätewahlen durch mündliche Agitation sowie durch Herausgabe von Material bekanntzumachen, sie haben durchzuführen die planmäßige Mobilisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen für die Beschlüsse des Reichs- und des Bezirkskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die revolutionären Wahlausschüsse müssen getragen sein von der breiten Schicht der Arbeiter im Betrieb, ihre Wahl muß erfolgen in allgemeinen Betriebsversammlungen.

Dort, wo die Reformisten die Mehrheit im Betriebsrat haben und Betriebsversammlungen ablehnen, ist es die Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition, selbst eine Betriebsversammlung einzuberufen und in dieser Betriebsversammlung die Wahl eines revolutionären Ausschusses zu tätigen. Die revolutionären Wahlausschüsse haben aber nicht nur die Aufgabe der Mobilisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen für die roten Betriebsrätewahlen, sondern sie müssen auch die Arbeit des gesetzlichen Wahlausschusses überwachen und kontrollieren. Als Träger des Kampfes um rote Betriebsräte haben darum die revolutionären Wahlausschüsse ungeheure Bedeutung. Kein Betrieb darf vorhanden sein, wo nicht bei den Betriebsrätewahlen ein ideologischer Kampf stattfindet über die Taktik und Politik der Reformisten und die Lehren und Kämpfe der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Polizeiüberfall auf Sowjet-Handelsvertretung in München

München, 13. Februar.

Gestern Nachmittag drangen zwanzig Kriminalbeamte in die Geschäftsstelle der Sowjet-Handelsvertretung in der Berliner Handelsvertretung ein, der selbst Sowjetbürger ist. Die Polizei nahm eine umfangreiche Hausdurchsuchung nach Sprengstoffen vor, die laut Denunziation von Münchener Firmen in der Filiale der Handelsvertretung lagern sollten. Selbstverständlich wurde nichts gefunden. Trotzdem wurden nach der Hausdurchsuchung die Angestellten, und zwar sowohl die Sowjetbürger als auch die anderen, unter polizeilicher Bewachung in ihre Wohnungen geführt, die ebenfalls gründlich, aber natürlich erfolglos, nach Sprengstoff und Waffen durchsucht wurden.

Wir sind an einem überaus ernsten Punkt der Kriegslampagne gegen das Rätereich, die Sowjetunion, angelangt. Die

Arbeiterchaft wird durch den Zusammenschluß in der kommunistischen Partei und unter ihrer Führung der Ausbeuterregierung und dem Polizeigefindel zeigen, daß eine proletarische Millionenfront sich in Deutschland jedem entgegenstellt, der seine Tage gegen die proletarische Diktatur ausstreckt.

Wieder ein Redakteur verhaftet

Dresden, 13. Februar.

Am Dienstag wurde der Genosse Hans König, Redakteur der „Arbeiterstimme“, aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Anlaß zu dieser Verhaftung ist der Abdruck eines Artikels vor Monaten im „Kämpfer“, Chemnitz. Gegen den Genossen König wurde auf Grund dessen ein Verfahren eingeleitet. Er wurde bereits zu dieser Angelegenheit vernommen. Eine Anklageschrift ist bis heute noch nicht fertiggestellt, ebenso das Hauptverfahren noch nicht eröffnet. Die Verhaftung des Genossen König ist, ebenso wie die Verhaftung der Genossen Slang und Sothmann, nichts anderes als ein Willkürakt der sozialfaschistischen Koalitionsregierung.

6 Monate Gefängnis für „Rot-Front“-Auf

Gleiwitz, 13. Februar. Am Dienstag wurde der kommunistische Arbeiter Genosse Zellel vom bürgerlichen Klassen-gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er im vergangenen Jahre bei einer Empfangsfeier für Mag Goetz „Rot-Front“-Aufe ausbrachte. Genosse Zellel wurde sofort verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

In erster Instanz war Genosse Zellel von der weichen Taktik zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu niedrig war. Als im Gerichtssaal das Terrorurteil bekanntgegeben wurde, setzte unter den Zuschauern ein heftiger Entrüstungsturm ein.

In denselben Tagen, wo die nationalfaschistischen Bombenattentäter auf freiem Fuß gesetzt werden, wird ein kommunistischer Redakteur nach dem anderen vom Reichsgericht zu langer Gefängnisstrafe verurteilt, werden gegen revolutionäre Arbeiter ungeheuerliche Strafen verhängt. Über alle Terrorurteile, die von den Richtern der Bourgeoisie in den letzten Jahren gefällt wurden, werden wohl übertroffen durch das Urteil gegen Genosse Zellel. Dieser Fall zeigt die ungeheure Verschärfung des sozialfaschistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse. Ein Protestruf muß auch die werktätigen

Massen Deutschlands gehen. Proletarier! Steigert die Arbeiteroffensive gegen die Büttel der Morgan-Diktatur!

Kommunistischer Redakteur zu einem Jahr Festung verurteilt

Leipzig, 12. Februar.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts mußte sich gestern der verantwortliche Redakteur unterer Gewerkschaft, des „Kämpfers“, Genosse Keller, verantworten. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhielt er ein Jahr Festung und 100 Mark Geldstrafe. Der verantwortliche Redakteur der Nummer des „Kämpfers“ vom 2. Mai 1929, worin die höchsten Proletarier mit den bestlichen Sozialdemokraten kollaborieren, erklärten.

Reformistische Betriebsräte als Denunzianten

In der vergangenen Woche waren von der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Betriebe A.W. und Schwerin & Söhne Belegschaftsversammlungen einberufen worden zur Stellungnahme zum Oppositionskongress. Die reformistischen Betriebsratsmitglieder begaben sich zuerst in die Versammlungsorte. Als die Arbeiter und Arbeiterinnen die Anwesenheit der Betriebsräte feststellten, machten sie sofort kehrt und erklärten den Vertretern der Opposition, daß sie in Gegenwart ihrer Betriebsräte über die Verhältnisse im Betrieb nicht sprechen könnten. Und zwar deshalb, weil sie befürchten müßten, daß der Betriebsrat jeden Kollegen, der sich kritisch zur wahnwitzigen Antreiberei äußert, bei der Betriebsleitung denunziert. Die Bürokratie der Gewerkschaften und die Betriebsleitung würden dann schon dafür sorgen, daß die Belegschaft von „revolutionären Elementen“ gesäubert wird.

Kolleginnen und Kollegen! Sorgt bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl dafür, daß diese Vorgänger der Unternehmer nicht wieder in den Betriebsrat kommen!

Wählt sofort in Belegschaftsversammlungen Wahlausschüsse zur Vorbereitung einer roten Betriebsrätewahl. Steht die ersten unter euch als Kandidaten auf und verpflichtet sie auf ein revolutionäres Kampfprogramm.

Wählt rote Betriebsräte!

Revolutionärer Massenstreik bei Opel

Ein Musterbeispiel revolutionären Schutzes der roten Betriebsräte Polizei befehlt den Betrieb

Frankfurt am Main, 12. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In dem Betrieb Opel in Rüsselsheim traten gestern mittag die Arbeiter im Anschluß an eine im Betrieb abgehaltene Versammlung in den Streik gegen die Maßregelung von drei roten Betriebsräten. Der ganze Betrieb steht still. Die Arbeiter wählten sofort Kampfleitungen und beschloßen, den Streik solange durchzuführen, bis die Maßregelungen der roten Betriebsräte zurückgenommen ist. Die Direktion der Opel-Werke forderte sofort telefonisch polizeilichen Schutz an und am gestrigen Nachmittag wurde der Opel-Betrieb von 700 G. H. u. P. S. die man aus Darmstadt herangezogen hatte, besetzt. Ein großes Aufgebot an Gendarmerie und Kriminalpolizei umlagert den Betrieb. Außerhalb des Betriebes wurden der Landtagsabgeordnete Genosse Cesar Müller unter Bruch der Immunität und die Genossen Bernhard Schmitt und Geh verhaftet.

Die Ursache dieses vorbildlichen, mit revolutionärem Elan durchgeführten Streiks der Gesamtbelegschaft der Opel-Werke war die Maßregelung der drei kommunistischen Betriebsräte Kauer, Weidauer und Sautager. Bei diesem provokatorischen Akt der Opel-Direktion hatte

der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Kewal die Genossen bei der Werkdirektion denunziert,

weil sie eine Sammelliste zum Bezirkskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition durch einen Genossen im Betrieb in Umlauf gesetzt hätten. Dieser Genosse wurde ebenfalls klistlos entlassen. Gleichzeitig waren die roten Betriebsräte der Direktion schon lange ein Dorn im Auge, weil sie in Abteilungsversammlungen für eine Lohnbewegung eingetreten waren. Unter Zustimmung des sozialfaschistischen Betriebsratsvorsitzenden hatte man den roten Betriebsräten die Maßregelung nicht im Betrieb selbst, sondern schriftlich mitgeteilt, wobei ihnen gleichzeitig erklärt wurde, daß sie den Betrieb nicht mehr betreten dürften, bis das Arbeitsgericht über ihre Entlassungen entschieden habe. Diese rigorose Maßnahme löste bei der gesamten Belegschaft sofort höchste Empörung aus und noch vor Beginn der Arbeitszeit gestern früh fanden vor dem Betrieb Versammlungen der Arbeiterschaft statt, bei denen die sofortige Rücknahme der Maßregelungen gefordert wurde. Bei Betriebsbeginn begaben sich die Arbeiter in den Betrieb und hielten Abteilungsversammlungen ab, die sich über die Frühstückspause hinaus ausdehnten. In diesen Versammlungen wurde beschloßen, sofort eine allgemeine Betriebsversammlung abzuhalten, damit die Gesamtbelegschaft Stellung nehmen könne.

Um 10 Uhr legten die Arbeiter den gesamten Betrieb still und zogen zu Tausenden zur Versammlung, in der die sofortige Proklamierung des Streiks beschloßen wurde. Gleichzeitig wurden sofort eine Kampfleitung gewählt. Inzwischen rückte die von

der Direktion alarmierte Gendarmerie heran und wollte den Betrieb besetzen. Als die Arbeiter den Betrieb verließen, kam es zwischen den Gendarmen und den Arbeitern zu Zusammenstößen innerhalb des Betriebes,

die der Direktion und der Gendarmerie den Vorwand für die Alarmierung der Schupo aus Darmstadt gaben.

Der Kampf der Opel-Belegschaft zur revolutionären Verteidigung ihrer roten Betriebsräte ist ein Musterbeispiel für die gesamte Arbeiterschaft.

Die Unternehmer, die Herrschenden Schichten, kempeln selbst diesen Streik zu einem politischen, indem sie die bewaffnete Staatsgewalt zu Hilfe rufen, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Hier wird eine Arbeiterschicht direkt gegen Young geschlagen,

denn die Opelwerke sind eine der Hochburgen des Morganischen Dollarkapitals in Deutschland. Sie werden beherrscht von dem General Motors, die von Morgan höchst persönlich kontrolliert werden.

Wer verbündet sich mit ihm? Natürlich die Sozialdemokratie! Sie denunziert durch ihren Betriebsratsvorsitzenden die roten Betriebsräte, weil sie eine Lohnbewegung für die notleidenden Arbeiter arrangieren. Ja, die SPD. schaut sich nicht, sich mit den Finanzwölfen in ein direktes Bündnis gegen die flammende Arbeiterschaft zu begeben. So wie die Opel-Arbeiter ihre roten Betriebsräte schützen, müssen es die Belegschaften aller Betriebe tun. Vor allem müssen bei den bevorstehenden Betriebsratswahlen die Lehren aus dem Opel-Fall gezogen werden. Wer für die Ausbeuter, für die Direktoren und Aktionäre ist, der mag die Reformisten wählen. Wer aber für Lohnhöhung und revolutionären Kampf gegen die Kapitalisten ist, der bekennet sich zur revolutionären Opposition. Es lebe der Sieg der roten Betriebsräte!

Dienstag zweite Lesung des Kommunistengesetzes

Das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß die zweite Lesung des Republikstichtengesetzes (Kommunistengesetz) am Dienstag im Reichstag zur Behandlung kommen soll. Die Arbeiterschaft muß den Kampf gegen das Justizhausgesetz, das mit Windeseile durchgedrückt und angenommen werden soll, tausendfach verstärken!

Ruhrarbeiter gegen Youngplan

Essen, 12. Februar. (Eig. Bericht.) Gestern abend gegen 7 Uhr sammelten sich trotz des Polizeiterrors spontan mehrere tausend Arbeiter auf dem Neuen Markt. Wiederholte Versuche, die Kundgebung auseinanderzulagern, schlugen fehl. Fortwährend sammelten sich neue Arbeitermassen und demonstrierten unter dem Gesang revolutionärer Lieder und dem Ruf „Rot Front!“, „Nieder mit dem Young-Plan!“ durch das Stadtzentrum. Starke Demonstrationen bewegten sich durch die Arbeiterviertel. Trotz brutaler Polizeiberücksichtigung setzten sich die Arbeiter erneut und demonstrierten unter heftiger Anteilnahme der Bevölkerung. An verschiedenen Stellen wurden Ansprachen gehalten. Nebenbei wurden die Demonstranten mit Rotfront-Rufen empfangen. Erst gegen 9 Uhr wurden die Demonstrationen beendet. Mehrere Verhaftungen sind von der Polizei vorgenommen worden.

Masseneintritte in die KPD.

Die Antwort an das Severing-Grzesinski-System

In Ithoe wurden im Monat Januar 53 Neuaufnahmen für die Partei und den kommunistischen Jugendverband gemacht, 80 neue Kämpfer für die Rote Hilfe und 18 Leser für die Parteipresse gewonnen.

Im Anschluß an eine Bergarbeiterversammlung in Rindorf (Niederrhein) acht Arbeiter zur Partei, darunter zwei SPD-Mitglieder. Außerdem wurden zwei Leser für die Presse gewonnen.

In einer Versammlung in Mühlheim (Ruhr) konnten elf Neuaufnahmen für die KPD. gemacht werden.

Im Bezirk Niederrhein wurden in der ersten Woche des Monats Februar 292 Arbeiterinnen und Arbeiter für die Partei gewonnen.

Das ist die Antwort, die die Arbeiter auf das Demonstrationsverbot des Sozialfaschisten Severing geben. Die Werbetätigkeit muß in allen Bezirken noch verstärkt werden. Auf das drohende Verbot der Partei muß geantwortet werden mit einem Masseneintritt in die kommunistische Partei.

Hungerdemonstranten weiter in Haft

Die 17 Kieler Hungerdemonstranten, die in den Tagen vor dem 1. Februar auf dem Wege nach Hamburg von der Grzesinski-Polizei brutal auseinandergeschlagen und inhaftiert wurden, befinden sich immer noch in Kiel in Haft. Während über hundert Bombenleger freigelassen wurden, werden Arbeitslose, die gegen das Hungerelend demonstrieren, wochenlang in Haft gehalten. Wir verlangen sofortige Freilassung!

Belegschaften zum 6. März

In einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Telephonwerke Vichtenberg wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

„Die am 11. Februar 1930 tagende Betriebsversammlung der Deutschen Telephonwerke Vichtenberg beschloß, gemeinsam mit den Erwerbslosen unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der KPD. den Kampf aufzunehmen für den Siebenkündentag bei vollem Lohnausgleich, Verweigerung jeder Überstunde, für Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Am 6. März werden die Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Erwerbslosen zur Stelle sein, um zu beweisen, daß der Kampf der Erwerbslosen auch ihr Kampf ist.“

Bombenattentäter freigelassen — aber Strafverfahren gegen „Rote Fahne“

Gerichtsverhandlungen in Moabit / Die „weiche Natur“ der Bombenleger

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurden gestern zwei Beleidigungssklagen der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Genossen S. Steinike, verhandelt. Jörgiebel fühlt sich durch die Beleidigung der „Roten Fahne“ vom 25. und 27. Oktober vorigen Jahres, daß er bzw. die Polizei „Mittäter der Bombenleger“ gewesen sei, beleidigt. Die Verhandlung wurde auf Sonnabend vertagt, um den Hauptbelastungszeugen Kesselsitz, den Untersuchungsrichter und die Kriminalassistenten Brühl und Aldermann vernahmen zu können.

Sodann wurde über die „Beleidigung“ der Reichswehr verhandelt. Der Rechtsanwalt Dr. Appel forderte in diesem Zusammenhang Aufklärung über die engen Beziehungen zwischen Reichswehrleitung und der berüchtigten Ehrhardt-Organisation. Das Gericht lehnt dieses ab.

Der Untersuchungsrichter über die Bombenattentäter Major meinte, daß die Bombenattentäter einer „reinen Sauerabewegung“ in Schleswig-Holstein entstammen und lediglich auf „spontane Empörung“ notleidender Bauern zurückzuführen seien. Der Sprengstoff stammt zum Teil von den Dresdener Dynamitfabriken, zum Teil aus einem Mühlheimer Bergwerk. Das Reichstagsbombenattentat sei wahrscheinlich gelegentlich einer „Spritzfahrt aus Holstein nach Berlin“ arrangiert worden. Für wahr, kein Engel ist so rein!

Dem Oberleutnant a. D. Weschke, der zugeitandenermaßen das erste Bombenattentat ausgeführt hat, und über intime Beziehungen zu maßgebenden Offizierskreisen verfügte, bezeichnete

der Untersuchungsrichter als eine „weiche Natur“ und „eine harmlose reine Null“.

Sogar nach Meldungen der übergerlichen Presse

ist dieser Oberleutnant a. D. Weschke im Zivildienstvertrag von der Reichswehr in Lübeck angestellt gewesen.

Von 43 verhafteten Bombenattentätern, die zum Teil bereits überführt worden sind, ist nach und nach der größte Teil wieder freigelassen worden!

Die überführten rechtsradikalen Bombenattentäter sind also auf freien Fuß gesetzt worden. Drei Redakteure der „Roten Fahne“ sind aber ins Gefängnis geworfen worden auf Grund von willkürlichen Anklagen, ohne daß irgendwie fluchtverhindernde Verdunkelungsgefahr vorliegt. Wir fordern: Heraus mit den kommunistischen Redakteuren, ebenso wie mit den übrigen politischen Gefangenen!

Ausnahmezustand für Arbeitersportopposition

Der Wohlfahrtsminister der Koalitionsregierung bekräftigt den Raub der Fahrpreisermäßigung und Ausschluß aus dem Ausschuß für Leibesübungen

Der Vorkampf der revolutionären Arbeitersportbewegung ist den reformistischen Spaltern in die Knochen gefahren. Nachdem sich die überwiegende Mehrheit der Berliner Arbeitersportler mit Verachtung von den Spaltungsmethoden der SPD. abgewandt hat, versuchen diese strapelosen Barzden es nun mit einer finanziellen Offensive gegen das Arbeiter-Sport- und Kulturkartell. Auf ihr Drängen sperre der Oberpräsident der Provinz Brandenburg der revolutionären Sportorganisation die Fahrpreisermäßigung und fordere ferner den Hinauswurf aus dem Hauptauschuß für Jugendpflege und Leibesübungen in Berlin.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat daraufhin in Form einer kleinen Anfrage die sofortige Rückgängigmachung dieser offen kulturreaktionären Maßnahmen gefordert.

Der Wohlfahrtsminister der sozialdemokratischen Koalitionsregierung, Hirtfelder, hat jetzt im Preussischen Landtag den Schritt des Oberpräsidenten gebilligt.

Man höre, was für Gründe für die Knebelungsversuche der oppositionellen Sportorganisation von dem Vertreter der Otto Braun-Regierung gegeben wird:

„Nach meinen Feststellungen betätigen sich die ausgeschlossenen Vereine (vom Arbeiter-Sport- und Sportbund Leipzig aus-

geschlossen) an allen Veranstaltungen der kommunistischen Partei Deutschlands, an Geldsammlungen der Rote Hilfe und der internationalen Arbeiterhilfe. Auch haben sie sich bei dem letzten von der kommunistischen Partei Deutschlands eingeleiteten Volksbegehren (Wagner-Kreiser! D. Red.) durch umfassende Propaganda im kommunistischen Sinne betätigt.“

Nach diesen Feststellungen teilt Hirtfelder weiter mit, daß er den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin angewiesen habe,

daß ein Verbleiben dieser staatsfeindlichen Organisationen „in den staatlicherseits angeregten Organisationen für Jugendpflege“ nicht mehr in Betracht komme

und daß damit automatisch alle Vergünstigungen u. a. auch Fahrpreisermäßigung, wegfallen.

Der „Vorwärts“ frohlockt selbstverständlich ob dieses neuen Schandtritts. Auch das gemeinste Mittel gegen die Arbeitersportbewegung ist ihm recht. Die Arbeitersportler aber, auch diejenigen, die noch hinter den Reformisten herlaufen, werden sich umso schärfer von den Spaltern und Verberber des Arbeitersports abwenden und für die Einheit im Arbeitersport unter revolutionärer Führung kämpfen.

Brot wird schlechter und teurer

Dem Reichstag ist das neue Brotgesetz, das dieser Tage vom Reichskabinett verabschiedet wurde, zugegangen.

Dieses Brotgesetz bedeutet eine gewaltige Verschlechterung des Brotes.

Der „notleidenden“ Landwirtschaft soll gelassen werden, für den Roggenüberschuß Verbraucher zu finden. In der Begründung des Gesetzes heißt es, daß der roggelbauenden Landwirtschaft durch einen Mehrverbrauch an Roggen von etwa 500 000 Tonnen jährlich geholfen werden muß, wenn sie nicht zugrunde gehen soll. Daraus soll eine Einkaufersparnis von Reizen von jährlich rund 120 Millionen erzielt werden.

Das Gesetz bestimmt, daß das Roggenbrot mindestens zu 95 Prozent aus Roggenmehl hergestellt sein soll. Außerdem soll ein „Mischbrot“ in den Handel gebracht werden, dem bis zu 5 Prozent „Bäckhilfsmittel“ (!!) zugesetzt werden dürfen. Es ist klar, daß mit diesem neuen Brotgesetz auch eine Verteuerung der Brotpreise eintreten wird. Die Arbeiterschaft, die heute schon nicht weiß, wie sie von ihren lärglichen Löhnen oder der Arbeitslosenunterstützung das tägliche Brot beschaffen soll, wird nunmehr, weil die Junter noch mehr Millionen hämmern wollen, auch noch ein verschlechtertes und verteuertes Brot kaufen müssen.

Niederschlesien

Görlitz

Erwerbslose, Notstandsarbeiter!

Freitag 16 Uhr: Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung im Restaurant zur Altstadt, Nikolaigraben.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirkskongress der Gewerkschaftsopposition. 2. Stellungnahme zu den Forderungen der kommunistischen Stadtverordneten, mit denen sich die am Freitag stattfindende Stadtverordnetensitzung beschäftigen wird.

Arbeiter, die nicht zu dieser Versammlung erscheinen, kürzen mit das Brot ihrer Klassengenossen.

Fordert Winterbeihilfe!

Das rapide Anwachsen der Erwerbslosenziffer, die furchtbare Lage, die täglich Tausende von Unterstützungsempfängern ausstehen und weitere Tausende und aber Tausende überhaupt keinerlei Unterstützung erhalten, erfordert es, daß die Erwerbslosen gemeinsam mit den Betriebsarbeitern den Kampf für ausreichende Unterstützung, für Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess und darüber hinaus zum Sturze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung organisieren. Die bestehende Klasse versucht die Lasten des Young-Planes auf die Schultern der Werktätigen zu verlegen. Im Reichstage fordern die Vertreter der Bourgeoisie gemeinsam mit den Sozialfaschisten den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. Die Parlamente in den Ländern und in den Kommunen können gleichfalls alle berechtigten Forderungen der Unterstützungsempfänger ab. Der Besatzungsstaat in Preußen, der auf Anordnung des sozialdemokratischen Innenministers verhängt wurde, gibt dem bürgerlichen Machtapparat die Handhabe, mit den brutalsten Mitteln gegen die Arbeiter vorzugehen. Die Unternehmer sind auf der ganzen Linie zur verschärften Offensive gegen das Proletariat übergegangen.

Die deutsche Arbeiterklasse ist nicht gewillt, kampflos unterzugehen. Sie wird und muß aus der Defensive zur verschärften Offensive übergehen. Die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter werden unter Führung der kommunistischen Partei diesen Kampf beginnen und bis zur letzten Konsequenz durchführen. Auch die örtliche Arbeiterklasse muß begreifen, daß auch vor ihr die Frage Aufstieg oder Untergang steht. Die kommunistischen Stadtverordneten werden Forderungen auf Unterstützung vorbringen. Die kommunistischen Vertreter fordern im Auftrag der Erwerbslosen für jeden Unterstützungsempfänger laufend einen Zentner Feuerung pro Woche und eine einmalige geldliche Beihilfe von 5 Mark. Diese minimale Forderung kann der Magistrat bewilligen, da die Stadt einen eigenen Bergbau hat. Die Forderung von 5 Mark ist gerade in dieser Notlage berechtigt, wo Hunderte und Tausende von Arbeitern nur vollständig ungenügendes Schutzwert besitzen und bei der kalten Witterung ihre Gesundheit außerordentlich bedroht ist. Für diese Forderungen müssen alle Erwerbslosen eintreten. Es ist Pflicht aller, am Tage der Stadtverordnetensitzung die kommunistischen Stadtverordneten in der notwendigen Weise zu unterstützen. Wer dem Kampfe fernbleibt, der raubt seinem Leidensgenossen ein Stück von dem wenigsten Brot, das er zum Leben braucht. Wenn er das nicht will, dann komme am Freitag in die Versammlung!

Niesku

Die Ortsgruppe des Freidenkerverbandes veranstaltet am 30. März im „Deutschen Hof“ (Dobersitz) um 15 Uhr die Jugendweisse Eltern, deren Kinder Ostern die Schule verlassen und an der Jugendweisse teilnehmen wollen, werden ersucht, ihre Kinder bis zum 1. März beim Genossen Ernst Günther, Dobersitz, Portaer Straße 217, und bei Georg Sebalb, Niesku, Baupener Straße 5, anzumelden. Unsere Gefinnungsfreunde aus den umliegenden Ortschaften bitten wir ganz besonders, diese Mitteilung zu beachten.

Goldberg

Gründliche Abfuhr der Nazis

Am Montag Abend fand im „Prinz Heinrich“ eine Versammlung der Nazis statt. Spasmacher Brüdner sorgte für genügend Humor. Als in der Diskussion Genosse Granjalle die richtige Gesicht dieser Heuchlerpartei beleuchtete, wurde Brüdner mit seinen SA-Jünglingen wild und entzogen unserem Genossen das Wort. Da aber Genosse Granjalle auf Wunsch der Versammlungsbühner weiter sprach, die SA-Leute aber zu feige waren, dies zu verhindern, mußte die Polizei (!) ran, die dieses Hausrechtssamt auch mit Freuden übernahm. Trotzdem mußte es sich Brüdner gefallen lassen, daß er in seinem Schlusswort von den Zuhörern mit Lump, Schwimmler, Clown usw. betitelt wurde.

In Verbindung mit dieser Versammlung fanden gestern Mittwoch in Liegnitz bei mehreren Arbeitern umfangreiche Hausdurchsuchungen und Vernehmungen statt. Gesucht wurden Gummiknüppel, Schlagringe und eine Aktentasche mit Führerlisten und anderen wichtigen Schriftstücken. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß der Saatschutz der Nazis auf der Rückfahrt nach Liegnitz angeblich von Kommunisten anständig zugebeugt wurden, und die Tasche dabei abhanden gekommen ist. Wir Arbeiter gönnen den Faschisten die Prügel von Herzen.

Liegnitz

Polizei sucht „Naziführerliste“

In den Morgenstunden des gestrigen Mittwochs fanden bei den Arbeitern Wittwer, Pallentin, Hilscher und Granjalle umfangreiche Hausdurchsuchungen durch die hiesige politische Polizei statt. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß eine Abteilung SA-Leute der Nazis, die auf der Rückfahrt von einer Versammlung in Goldberg in der Nacht von Montag zu Dienstag angeblich von Kommunisten überfallen und mit Gummiknüppeln, Schlagringen und anderen gefährlichen Werkzeugen „bearbeitet“ worden waren.

Bei dieser Gelegenheit soll den Nazis eine Aktentasche mit Führerlisten und Aktionsplänen abhanden gekommen sein!

Bei den Vernehmungen stellte es sich heraus, daß die Nazis die genannten Arbeiter erkannt haben wollen. (Näheres siehe unter Goldberg!)

Zwei Jahre Zuchthaus um ein paar Kaninchen

Am Abend des 6. November 1929 begaben sich der Arb. Gustav R. aus Schmochwitz und der Arbeiter Heinrich Sch. Liegnitz nach Roßn, um dort wilde Kaninchen zu jagen. Ihnen dies nicht gelang, begnügten sie sich mit zahmen Kaninchen, indem sie auf dem Dominium Roßn drei Kaninchenställe austaubten und so neun Kaninchen erbeuteten. Beim Gastwirt nahmen sie dann auf dem Heimweg noch zwei Gänse und zwei Enten mit. Die erbeuteten Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. Schon

am nächsten Tage wurden die Täter beim Verlaufe der Kaninchen in Liegnitz von der durch den Landjäger informierten Kriminalpolizei festgenommen. Wegen Raubfischerei erhielt R. zwei Jahre Zuchthaus, Sch. ein Jahr sechs Monate Gefängnis.

Hagnau

Eine rätselhafte Geschichte

Mit einer rätselhaften Geschichte hatte sich das Schöffengericht zu befassen. Der Gutbesitzer Emil Knebel in Klein-Schirsdorf, der sich keines besonders guten Rufes erfreut, hatte den gut beleumdeten 25jährigen Tischlerarbeiter Willi Wähold wegen versuchter Erpressung angeklagt. Am 8. August 1928 war bei Knebel eine Scheune niedergebrannt. Es war damals gegen ihn — übrigens das zweite Mal — ein Verfahren wegen Brandstiftung eingeleitet, mangels Beweises aber wieder eingestellt worden. Nun soll Wähold am 11. Oktober 1929 zu Knebel gekommen sein und ihm im Stall gesagt haben, er habe gesehen, daß er die Scheune selbst angezündet habe und habe auch noch einen Zeugen dafür. Beide würden aber gegen ein Schweigegebot die Sache erledigt sein lassen. Wähold bestritt entschieden, in der angegebenen Zeit überhaupt bei Knebel gewesen zu sein, geschweige denn eine Erpressung versucht zu haben. In der Hauptverhandlung verwickelte sich Knebel zudem in Widersprüche, so daß W. trotz des Eides seines Gegners freigesprochen wurde, zumal seine Braut und deren Eltern unter Eid belundet hatten, daß

Dutsch der Kommunisten?

Ueber den Aktionsplan der SPD. wird in folgenden Versammlungen gesprochen:

Schweidnitz: Donnerstag, 13. Februar, 19.30 Uhr im Lokal „Stadt Reichenbach“.

Niesky: Dienstag, 18. Februar, 17 Uhr im Café „Zum Stern“.

Brieg: Dienstag, 18. Februar, 20 Uhr Lokal „Zum Weinberg“.

er am 11. Oktober bei ihnen gewinkt hatte. Als Motiv für die Anklage Knebels wurde angenommen, daß er sich selbst auf diese Weise vom Verdacht der Brandstiftung reinigen wollte.

Grünberg

Zwei Kinder hart am Tode vorbeigefahren

Auf dem Brauttag der Gutbesitzerin in Mötchen tummelten sich zwei Knaben von vier und fünf Jahren, wobei sie an eine nicht zugängliche Stelle kamen. Der fünfjährige Knabe brach ein und versank. Der vierjährige Junge suchte seinen Kameraden, der unter dem Eis verschwand, zu retten, was ihm jedoch nicht gelang. Auf seine Hilferufe rettete der zwölfjährige Fritz Peilert zunächst den vierjährigen und dann den unter dem Eis stehenden bereits bewußtlosen fünfjährigen Jungen. Der Bewußtlose konnte ins Leben zurückgerufen werden.

Kommunalstandal in Glogau

Magistrat will mit Hilfe der SPD. die Gasanstalt verschachern. Werktätige, verhindert diesen Plan!

Der „Volkswille“ brachte vor einigen Tagen eine Meldung über den Verkauf der Gasanstalt. An demselben Tage fand eine Stadtverordnetenversammlung statt. Die Worte aus dem Artikel: „Dem Magistrat kann man nicht mehr vertrauen. Wir werden jetzt vor die Öffentlichkeit treten,“ wollte die Sozialdemokratie auf eine sehr notwendige Weise in die Tat umsetzen. Prompt brachte sie einen Dringlichkeitsantrag ein. Ein scharfer Blick des Stadtverordnetenvorsethers genigte, und die Sozialdemokratie verschob denselben als letzten Punkt. Ein zweiter Blick folgte. Die SPD. fiel um, und zog den Antrag zurück zur nicht öffentlichen Sitzung. So verließen die enttäuschten Tribünenbesucher die Tribüne. Tatsächlich hat die SPD. dann nur ein Antrags gestellt. In Wirklichkeit ist sie für das Verschachern, nur mit dem Umstand, daß sie mitreden will, wenn es soweit ist. Auch die radikale Rede des Marx-Lewis täuschte darüber nicht hinweg. Was haben denn die sozialdemokratischen Betriebsräte unternommen? In dieser Angelegenheit haben sie nichts gesagt, sondern zeugten sich dem Diktat des Direktors. Wenn es galt, Arbeiter, die nicht der SPD. angehören, zu beschimpfen, waren sie auf dem Posten.

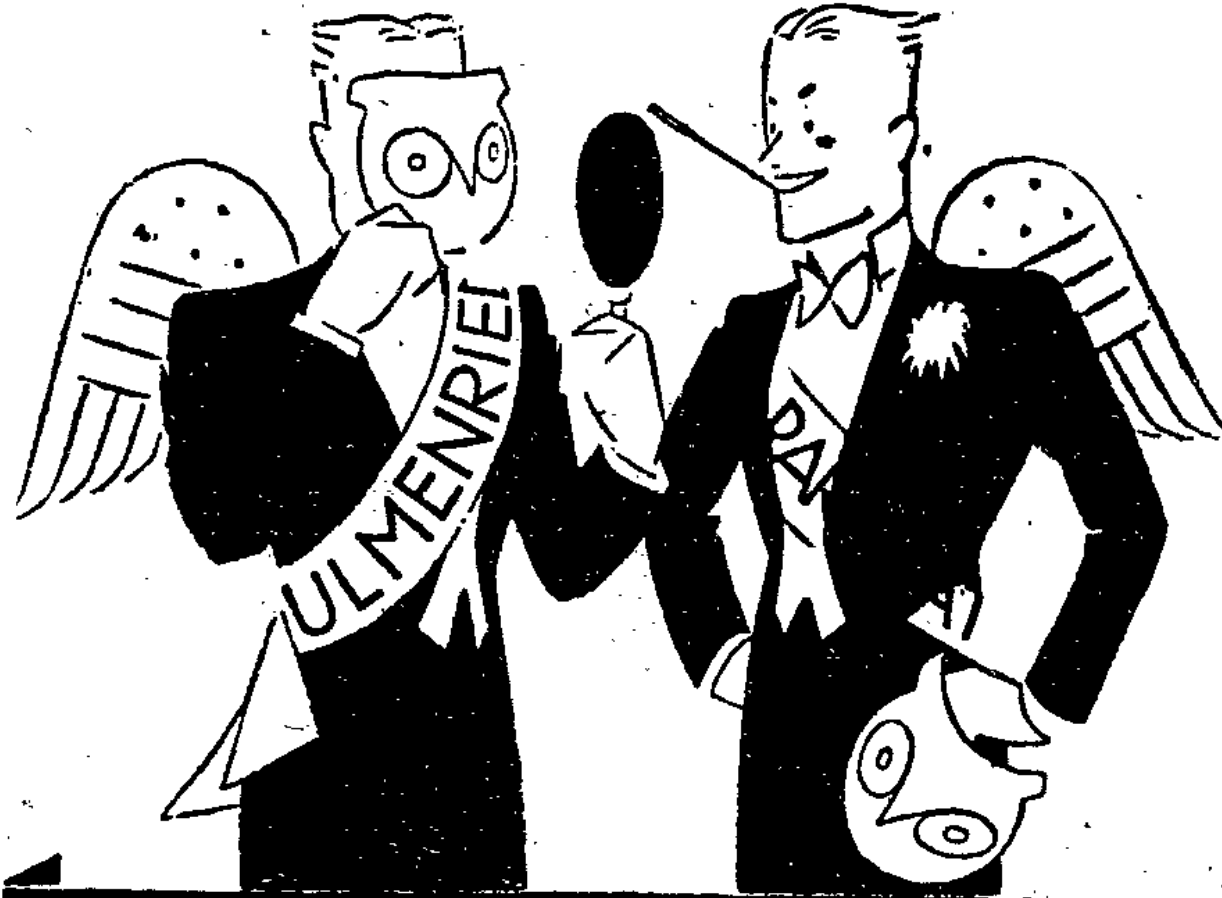
Die Kommunisten haben selbst eine Untersuchung über die Mißwirtschaft eingeleitet. Wir fordern, vor der Öffentlichkeit folgende Frage zu beantworten: 1. Wie hoch wurde der Kostenschlag für die Vergrößerung des Gasbehälters festgestellt? 2. Ist es wahr, daß mit der Firma der Druck auf 180 Millimeter veranschlagt wurde? 3. Ist es wahr, daß nach Fertigstellung nur 135 Millimeter Druck erzielt worden sind? 4. Sind die 6000 Ziegelsteine mit in dem Kostenschlag inbegriffen? 5. Ist es wahr, daß trotz dieser Belastung nur 150 Millimeter Druck erzielt wurden? 6. Wo bleiben die noch fehlenden 30 Millimeter Druck? 7. Ist es wahr, daß der Direktor Maul in dieser Angelegenheit beim Magistrat nichts unternommen

hat? 8. Warum sind die Wasseruhren seit den letzten drei Jahren nach einer kurzen Verwendung reparaturbedürftig?

Alle diese Fragen sollen vor der Öffentlichkeit beantwortet werden. Werktätige Steuerzahler, die Veräußerung von Kommunalbetrieben hat hier noch viel tiefere Ursachen. Denn schon im alten Parlament gab der Stadtverordnete Thomas zu verstehen, daß „Privatbetriebe bedeutend besser arbeiten.“ Als Vertreter der Industrie mußte er, warum er das sagte. Die Privatkapitalisten versuchen die verschuldeten Kommunen ihrer Betriebe zu enteignen. Die kapitalistische Länder- und Reichsregierung, an deren Spitze Sozialfaschisten stehen, plündern finanziell die Kommunen vollständig aus. Die Minister, die auf Geheiß und Verberb die kapitalistische Gewaltherrschaft unterstützen, verschwenden diese Mittel für Panzerkreuzer, Gummiknüppel, Konordat, für alle jene Zwecke, die zur Niederhaltung der werktätigen Klasse dienen. Was müssen die Werktätigen tun? Sie müssen alle Kräfte anwenden, um dies zu verhindern.

Sie müssen fordern:

Keine Privatisierung der Kommunalbetriebe; keine gemischtwirtschaftliche Umwandlung. Uneingeschränkte Selbstverwaltung. Befreiung der oberen Bürokratie und der Staatsaufsicht. Nur die kommunistische Partei organisiert den Kampf für diese Forderungen. Der Kampf um ihre Verwirklichung wird der Kampf um die Sowjetunion sein; ist der Befreiungskampf aus den Fesseln der Konstitutionspolitik, der Ausbeuter, der Junker und des internationalen Finanzkapitals... Das ist der Kampf für die sozialistische Diktatur, für die proletarische Diktatur... darum heißt es sich sammeln um das rote Banner der Revolution unter Führung der kommunistischen Partei. Lebt und verbreitet die „Arbeiter-Zeitung“!



Karneval-Mummenschanz!

Wir geh'n als Doppelleule!

So werden wir überall willkommen sein. — Wo wir erscheinen, da gibt es Ulmenried-Rarität und ... frohe Gesichter!

ULMENRIED 5 Pfg.
RARITÄT 4 Pfg.

Das sind schon die richtigen Cigaretten!



Rund um den Erdball

Brandkatastrophe auf einem deutschen Dampfer im Hafen von Neuyork

Mehrere Tote — Ungenügende Information der Öffentlichkeit — Ursache des Brandes: Ladung von Chemikalien aus Deutschland

Am Dienstagabend ist in Neuyork der große Lloyd-Dampfer „München“ am Neuyorker Pier in Brand geraten, kurz nachdem die Fahrgäste das Schiff verlassen hatten.

Über die Ursachen des Brandes gehen die Nachrichten auseinander, ebenso über die Anzahl der Toten und Verletzten, die noch nicht bekannt ist. Offensichtlich hat der Norddeutsche Lloyd das Bestreben, die Zahl der Toten möglichst gering anzugeben. Bis zum Eingang eigener genauer Nachrichten über die Schreckenskatastrophe verzeichnen wir folgende bürgerliche Meldungen:

Neuyork, 11. Februar. Drei Personen wurden durch die Explosionen an Bord der „München“ in die Luft geschleudert. Von ihnen ist eine ertrunken. Die beiden anderen werden vermißt. Unter den Vermißten befindet sich auch ein Mitglied der Besatzung. Zwei Stunden, nachdem das Schiff gesunken war, waren Explosionen, die in seinem Innern unter Wasser erfolgten, noch deutlich zu hören. Nach Ansicht der Feuerwehr dürfte der Brand auf Selbstentzündung der in der Ladung befindlichen Kalifade zurückzuführen sein. Die Deckarbeiter hatten 204 Säcke Kalifade ausgeladen, als der Brand entbrach wurde.

Der vermählte Elektriker der „München“, Franke, wurde zuletzt gesehen, als er die elektrische Schaltung am Schaltbrett abzustellen suchte. Unter der verbrannten Ladung befinden sich auch 7000 Biegel, meist Kanarienvogel.

Neuyork, 12. Februar. Der Brand des Lloyd-Dampfers „München“ hatte eine riesige Menschenmenge herbeigelockt. Zehntausende umdrängten tagsüber bis in die späte Nacht hinein das Schiff, so daß Polizeireferenten eingesetzt werden mußten,

um die Ordnung aufrechtzuerhalten. 13 Schlepper und 28 Dampfspritzen, sowie sechs pneumatische Leitern waren an der Brandstelle zur Hilfeleistung eingesetzt. Uebrigens ist nicht, wie ursprünglich gemeldet, der Schlepper „Newton“, sondern das Feuerlöschboot „Willet“ durch die Explosionen im Gefolge des Brandes schwer beschädigt worden. Von dem Löschboot wurden sechs Feuerwehrleute ins Wasser geschleudert; sie konnten jedoch gerettet werden, nur der Bootstotse ertrank. Die Explosionen hatten solche Gewalt, daß Trümmerteile 50 Fuß hoch geschleudert wurden; ein Feuerwehrmann wurde wie eine Feder über Bord getragen.

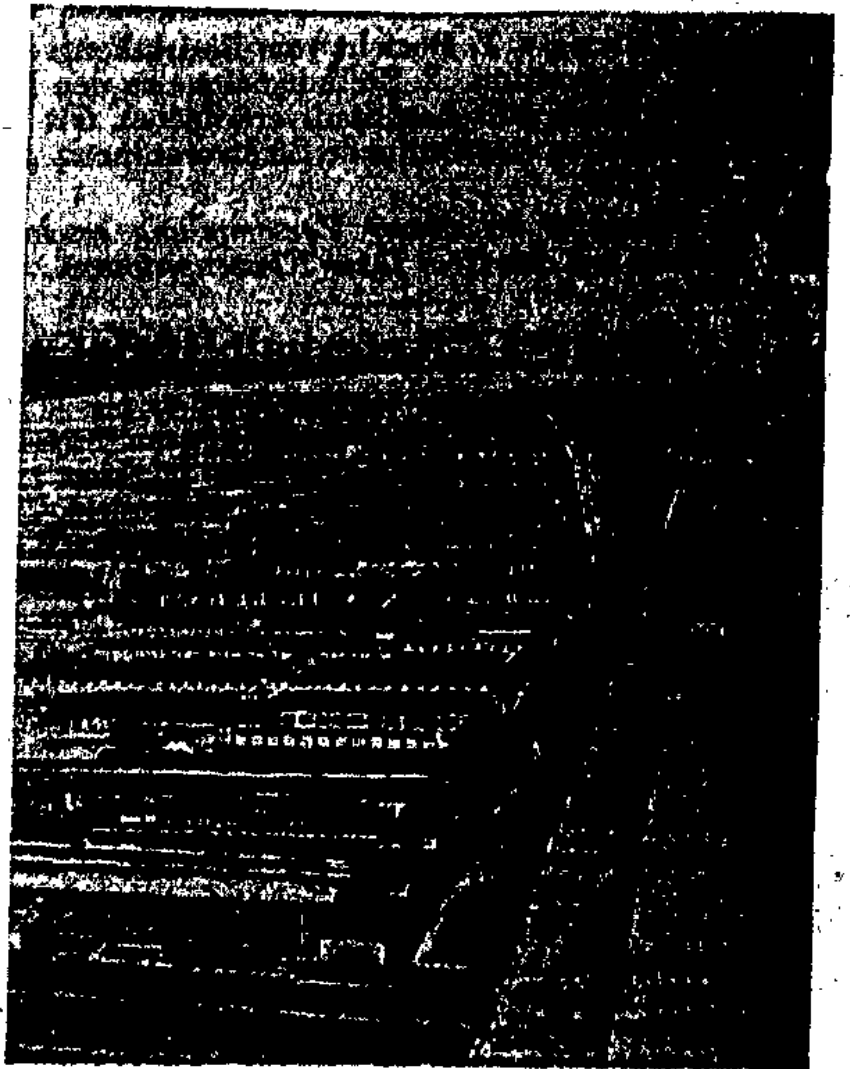
Neuyork, 12. Februar. Die Explosionen, die die Katastrophe auf der „München“ herbeigeführt haben, sind bis jetzt allen an der Aufklärung Interessierten ein Rätsel. Wie der Neuyorker Vertreter des Lloyd, Schuengel, mitteilte, sind bereits mit Proben der im wesentlichen aus Kali, Schmelz und Torf bestehenden Ladung Laboratoriumsversuche angestellt worden, die jedoch keinerlei Aufschlüsse über die Ursache des Unglücks geben konnten. Es ist hier die Auffassung aufgetaucht, daß im Vorderraum Nr. 6 des Dampfers Salpeter und Kalisalpeter untergebracht gewesen sei.

Neuyork, 12. Februar. Die hiesigen Blätter widmen dem Brande des Lloyd-Dampfers „München“ mehrere Seiten. Die zahlreichen, den Bezirkten beigegebenen Bilder geben eine Vorstellung von der Intensität des Feuers und zeigen den bis zu den Deckaufbauten gesunkenen Dampfer.

Der Brand dauerte frühmorgens in unverminderter Stärke an. Man erwartet, daß die Löschung im Laufe des Tages gelingen wird.

Der Dampfer „München“ gehörte zur sogenannten Städteklasse des Norddeutschen Lloyd. Seine Schwesterschiffe sind die „Berlin“, „Dresden“ und „Stuttgart“. Das Schiff wurde 1922 auf Kiel gelegt und 1924 in den Dienst Bremen—Neuyork gestellt. Es konnte etwa 1000 Passagiere aufnehmen.

Das Schiff mußte von der Besatzung und den Feuerwehrmannschaften geräumt werden, wobei sich der größte Teil nur noch durch einen Sprung ins Wasser retten konnte. Kurze Zeit darauf war das Achterschiff völlig ausgebrannt und der Dampfer sank.



Blick auf die Hafenanlagen am Hudson River, wo sich die vom Norddeutschen Lloyd gepachteten Piers befinden, und wo die „München“ verbrannte und sank.

Kohlenstaubexplosion in einem Braunkohlenwert

In Regis-Breitingen bei Altenburg entstand auf dem der Deutschen Erdöl- u. G. gehörigen Kohlenwert eine starke Kohlenstaubexplosion, bei der elf Trockenöfen ausbrannten. Das Feuer, das in einem dieser Öfen ausgebrochen war, pflanzte sich auf die übrigen durch die Verbindungsstöße fort. Die Gase nahmen mit donnerähnlichem Krachen ihren Weg durch die riesigen Schornsteine. Ungeheure Stöße schlugen aus diesen empor. Teilweise suchten sich die Gase auch einen Ausweg durch die Ofenklappen in das Ofenhaus. Vier Arbeiter wurden durch Stöße verletzt, zwei von ihnen schwer, während die beiden anderen nach Auslegung von Notverbänden in ihre Wohnung geschafft werden konnten. Die Feuerwehr aus Altenburg konnte nach mehrstündiger Arbeit den in den Öfen brennenden Kohlenstaub löschen.

„Strolche und Revolverhelden“

Chicago, 18. Februar. Die Polizei veranstaltete abermals eine große Verbrecherrazzia und nahm etwa 800 Strolche und Revolverhelden fest. Man erwartet, daß in den nächsten Tagen insgesamt etwa 200 Personen verhaftet werden.

Gestern wollte man 200 „bekannte Persönlichkeiten“ verhaftet haben, die einem riesigen Alkoholsmuggelhandel angehört haben. Heute hat man 200 „Strolche“ verhaftet. Sicher ist, daß im Dollarland, genau wie bei uns, die Kleinen gehängt werden — und die großen Strolche dürfen weiter Proletarier bis aufs Blut auspressen, Kriege inszenieren und mit Menschenleben spielen.

Der verschwundene Fluggast

Ein eigenartiger Unglücksfall, der an den Tod des belgischen Bankiers Löwenstein erinnert, ereignete sich am Dienstag in der Nähe des Flugplatzes Le Bourget. Ein französischer Militärflieger hatte einen Bekannten zu einem kurzen Spazierflug eingeladen und beide starteten in einem Jagd-eindecker und legten einige Runden zurück. Als das Flugzeug gelandet war, bemerkte der Führer zu seinem Schreden, daß sein Begleiter nicht mehr auf seinem Sitz saß. Erst nach eifrigem Suchen fand man den Unglücklichen tot in einem Garten in der Nähe des Flugfeldes auf. Man nimmt an, daß er bei einer scharfen Kurve aus dem Apparat gestürzt ist.

Keine jiddischen Telegramme in Warschau

Der jiddische Kalz Brzeglod beschwert sich darüber, daß das Warschauer Telegraphenamt in jiddischer Sprache verfaßte Telegramme, selbst wenn sie in lateinischer Schrift geschrieben seien, nicht annehme, obgleich vorgeschrieben sei, daß Depeschen in allen europäischen Sprachen weitergeleitet werden sollen. Letztlich sei ein Beamter des Warschauer Telegraphenamtes zur Verantwortung gezogen worden, weil er ein jiddisch geschriebenes Telegramm angenommen habe. Kalz Brzeglod stellt fest, daß jiddisch in Polen von einem Teil der Bevölkerung gesprochen werde, und fordert deshalb die Telegraphendirektion auf, diesen politischen Standpunkt aufzugeben.

Vier Kinder von einem Autobus überfahren

In Aker bei Oslo gerieten vier Kinder, die mit einem Schlitten zur Schule fuhren, unter einen Autobus. Sie wurden sämtlich getötet.

Ein Cuxhavener Fischdampfer mit 13 Mann überfällig. Von dem Cuxhavener Fischdampfer „Senator Sander“, der mit 13 Mann Besatzung am 29. Dezember vorigen Jahres Cuxhaven verlassen hat, fehlt jede Nachricht. Der Dampfer ist zuletzt vor etwa drei Wochen von einem britischen Schiff gesichtet worden. Man befürchtet, daß der Dampfer in den schweren Stürmen bei Island untergegangen ist.



Drei Bauarbeiter durch einstürzende Decke erschlagen

Schweres Unglück auf dem Karstadt-Neubau in Weizensee Schuld der Rohrlegerfirma an der Katastrophe

Gestern vormittag ereignete sich auf der Baustelle der Karstadt-Neubau in der Charlottenburger Straße 110 in Weizensee ein folgenschweres Unglück, das wieder einmal drei Bauarbeiter mit ihrem Leben bezahlten mußten. In einem Vorterrassen des Neubaus waren etwa 75 Zentner Zement gelagert worden. Gestern vormittag kam eine neue Fuhrer, die wiederum 75 Zentner Zement umfaßte. Auch diese Säcke wurden auf Anweisung des Vorgesetzten in diesem Raum untergebracht. Anscheinend wurde damit die Decke überlastet, brach zusammen und traf die während ihrer Frühstückspause im Keller sitzenden Rohrleger. Durch den mit gewaltiger Wucht erfolgten Sturz wurden die drei Rohrleger Fritz Aesler, Köpnick, Flemingstraße 1, Walter Osba, Straußberg, Großstraße 58, Erwin Krüger, Neufölln, Flügelstraße 18, getötet. Schwerverletzt wurden Fritz Kirich, Steglitz, Schloßstraße 126, ein Paul Bahrsch und der Remyer Alfred Benz aus Potsdam. Sie trugen Rippenbrüche und Rückenmarksverletzungen davon.

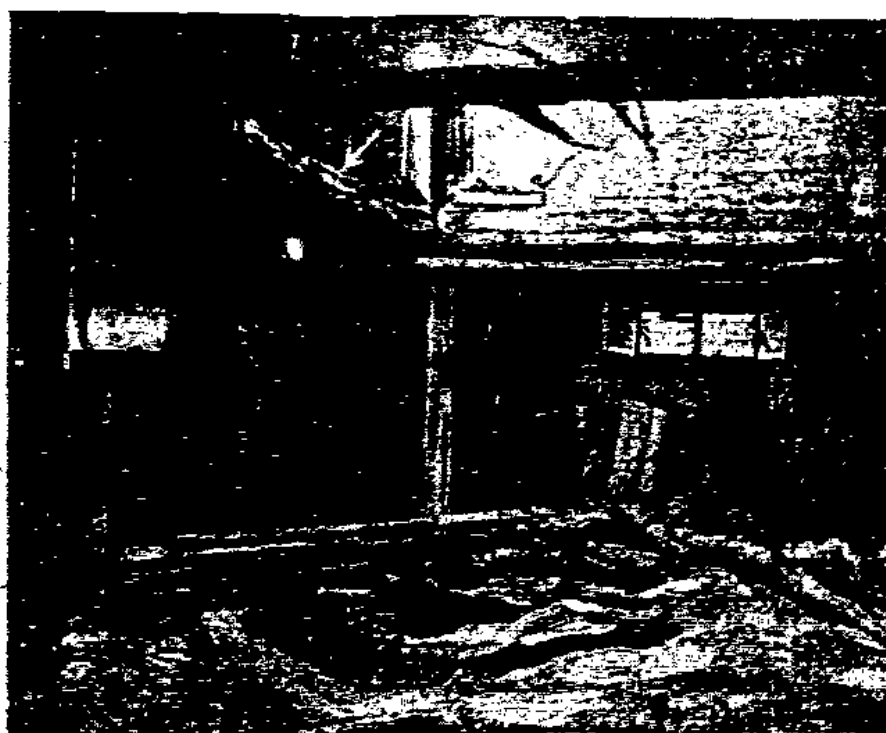
Ein 18 Quadratmeter großes Loch klofft uns entgegen. Die Ränder sind wie ausgehöhlt. Ein deutliches Zeichen dafür, in welchem Maße die Decke überlastet gewesen sein muß. Im Keller drinnen herrscht eine wüste Unordnung. Die Zementsäcke sind geplagt. Die Tische und Bänke ragen nur noch als Trümmer unter den Zementmassen hervor.

Nicht neben der Einfahrtshalle steht vollständig unberührt der Ofen, in dem noch einige Kohlen glühen.

Von den drei getöteten Arbeitern waren zwei Familienväter, während der andere, ein junger Mensch, sich mit der Absicht trug, in nächster Zeit zu heiraten.

Wen trifft die Schuld?

Der Vorgesetzte, der gerade von einem Urlaub, den er sich zum Geburtstag eines Angehörigen genommen hatte, zurückgelehrt



Das ist der Keller nach dem Einsturz. Der Pfeil zeigt die glatt ausgebrochenen Kanten der Decke.

war und erst wieder zwei Stunden auf dem Bau weilte, hat freiwillig die Verantwortung übernommen. Er gab die Anweisung, daß die Zementsäcke in den Raum geschafft werden sollen. Aber trifft ihn die volle Schuld? Auf keinen Fall.

Die größte Schuld trifft ohne Zweifel die Rohrlegerfirma Wolffert und Wettemer.

Es handelt sich bei dem Bau um einen ziemlich großen Komplex. Bei solchen großen Bauten sind die Firmen verpflichtet, Bauarbeiten auf dem Baugelände zu errichten. Das hat diese Firma nicht getan.

Sowjetdeutschland gegen Young-Deutschland!

Der Führer der Kommunistischen Partei, Genosse Ernst Thälmann, ruft die arbeitenden Massen zum proletarischen Freiheitskampf gegen das neue Versailles der Bourgeoisie und Sozialdemokratie

Nach dem demagogischen Gepfänkel zwischen den Sprechern der Regierungsparteien, dem Reichsaußenminister Curtius und Eugenberg, in der Dienstag-Sitzung des Reichstags, erhielt das Wort als Vertreter der einzigen Partei, die wirklich den Kampf gegen den Young-Plan proklamiert und durchführt, der Führer der SPD.

Genosse Ernst Thälmann:

„An den Anfang meiner Ausführungen will ich die Feststellung setzen, daß die Kommunistische Partei, die zum kapitalistischen System eine prinzipiell feindliche Stellung einnimmt, auch in der Reparationsfrage gegenüber der Politik dieses Parlaments von Versailles bis zum Young-Plan prinzipiell ihren revolutionären Standpunkt vor den werktätigen Massen vertritt. Alle bisherigen Redner, sowohl der Regierungsparteien, wie der Deutschnationalen, haben nicht gezeigt, was der Young-Plan den werktätigen Massen in Deutschland bringt. Herr Eugenberg wagte noch nicht einmal, irgendwelche sachlichen Argumente und Tatsachen gegen den Young-Plan anzuführen. Wir Kommunisten werden das in breitem Maße tun. Wir werden die prinzipiellen Gründe aufzeigen, aus denen heraus wir den Young-Plan hier im Parlament, wie unter den breiten Massen draußen ablehnen und bekämpfen.“

Eine Entscheidung von historischer Bedeutung

Herr Dr. Curtius hat eben eine Erklärung der Reichsregierung verlesen, wonach man von dem neuen Plan erhebliche Erleichterungen finanzieller und politischer Art erwartet. Wir bekämpfen, daß der Young-Plan im Vergleich zum Dawes-Abkommen dem werktätigen Volk Erleichterungen und Verbesserungen bringen wird. War doch selbst der Redner der Zentrums-Partei eben gezwungen, zu bezeugen, ob das deutsche Volk auf die Dauer die Lasten des Young-Plans werde tragen können.

Der Kampf der Kommunistischen Partei gegen den Young-Plan ist aber prinzipieller Natur. In diesen Wochen, in denen die Young-Gesetze im Ausschuss und im Plenum bis zur dritten Lesung durchberaten werden, wird eine Entscheidung von größter historischer Bedeutung gefällt. (Sehr richtig!) Diese Entscheidung bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Arbeiterklasse durch drei Generationen bis zum Jahre 1998 an das ausländische Kapital Milliardensummen zahlen soll. Diese Lasten allein ist Grund genug, um diesen Sklavenpakt in diesem Parlament, wie draußen, aufs Schärfste zu bekämpfen.

Erinnern wir uns der Jahre 1918 und 1919, als das werktätige Volk vor der Frage der Liquidierung des Weltkrieges stand. Auch in jener Schicksalsstunde standen sich zwei Auffassungen gegenüber. Damals wurde die eine Auffassung, die die Gegner der Kommunistischen Partei vertraten, mit dem Versailler Vertrag gekrönt. Heute geht es um das zweite

Versailles, um den Young-Plan, der nach dem Willen seiner Urheber eine „endgültige“ Lösung des Reparationsproblems darstellen soll. Auch heute stehen sich zwei Fronten gegenüber:

Die Front der Besitzenden und der Sozialdemokratie auf der einen Seite, die Front des kämpfenden Proletariats auf der anderen Seite! (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Mit Spartakus gegen Versailles!

Im Jahre 1919 stellte der Spartakus-Bund, die junge Kommunistische Partei, der Reparationspolitik der Imperialisten die Forderung der proletarischen Revolution entgegen. Heute können wir sagen:

Hätten die Kommunisten damals den proletarischen Sieg errungen, dann wäre der Versailler Vertrag niemals unterschrieben worden, wären niemals Reparationen gezahlt worden, dann bräuchten wir uns heute im Reichstag nicht mit dem Young-Plan zu beschäftigen, sondern die deutsche Arbeiterklasse würde, wie die russische, den Sozialismus aufbauen! (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Am Vorabend des Versailler Vertrages erklärte der Spartakus-Bund in einem Artikel der „Roten Fahne“ unter anderem folgendes:

„Der Friede von Versailles gleicht so dem schwarzen Bild des Friedens im Deutschen Reich. Hier Noth, Hunger, Belagerungszustand, Hunger — dort Kontributionen, Annexionen, Ausplünderung und Gewalttat. Hier wie dort, nach innen und nach außen, dieselben Folgen derselben Ursache, daß das deutsche Proletariat keine Revolution erst vor sich hat. Dort wie hier das deutsche Proletariat, daselbe Opfer derselben Krankheit, und dort wie hier nur ein Heilmittel: die proletarische Revolution.“

Was damals der Spartakus-Bund sagte, ist nicht nur geschichtlich richtig, sondern es ist die gleiche revolutionäre Linie, die heute die Kommunistische Partei und im Weltmaßstab die Kommunistische Internationale einhält.

Die Sozialdemokratie wollte es im Jahre 1919 anders. Sie knüppelte die deutsche Revolution mit Noth und Soldaten nieder. Sie wies das Bündnisangebot der Sowjetregierung für die deutsche Revolution mit Hohn und Spott zurück. Erst als die Millionen niedergeworfen, als Tausende von Arbeitern erschossen, als die revolutionären Führer wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der weißgardistischen Soldateska gemordet waren, konnte man dazu übergehen, den Versailler Frieden, diesen Frieden der Konterrevolution, zu unterschreiben. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Gewebe von Lug und Heuchelei, bringt heute die jetzige sozialdemokratische Regierung den Young-Plan zur Durchführung. Was hat man bei den zwei Verhandlungen in Haag und auf der Pariser Konferenz von den Regierungsvertretern verstanden? Man hat gesagt, daß der Young-Plan einen Schritt zur Freiheit, zur Erleichterung der Lasten und zur Sicherung des Friedens bedeute.

Wir erklären von dieser Tribüne und überall, daß der Young-Plan nicht Freiheit, sondern Knechtschaft bringt! (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die Millionäre regieren und diktiert

Die sozialdemokratische Regierung behauptet, Deutschland geminne seine „Unabhängigkeit“ wieder. Davon ist keine Rede. Die Finanzkontrolle nimmt nur andere Formen an, als zur Zeit des Dawes-Planes, zur Zeit des Londoner Ultimatus und vorher. Der Reparationsagent verschwindet. Die Kontrolle über die Eisenbahnen und die Reichsbahn wird formell beseitigt. Die Pfänder werden formell aufgehoben. Aber an ihre Stelle tritt die viel schlimmere, brutale, drückendere Kontrolle des ausländischen und inländischen Finanzkapitals, die auf den Schultern der werktätigen Massen lastet. Seit Monaten spürt die deutsche Arbeiterklasse diese uneingeschränkte Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland. Diese Diktatur wird durchgeführt von Schacht, dem Beauftragten des Morgan-Trusts.

Not und Teuerung widerlegen die SPD.-Phrasen

Ich stelle an dieses kapitalistische Parlament und an die Sozialdemokratie die Frage in aller Offenheit: Warum — wenn der Young-Plan besser wäre als der Dawes-Plan, wie es die Sozialdemokraten und übrigen Regierungsparteien behaupten — warum dann gerade jetzt die ungeheuerliche Offensive auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse? Warum gerade jetzt die neuen Steuererhöhungen, die Zoll- und Tarifierhöhungen? (Lebhafte Rufe von den Kommunisten: „Sehr wahr!“)

Ich glaube, das Hauptargument der Regierungsparteien, daß der Young-Plan Erleichterungen bringe und besser sei als der Dawes-Plan wird durch diese Erscheinungen der Wirklichkeit völlig widerlegt. (Sehr richtig!)

Die Kapitalisten und die jetzige Regierung warten nicht erst ab, bis der Young-Plan angenommen ist, sondern begannen schon nach der ersten Fauger Konferenz mit ihrer Attacke gegen

Deutschland — das Befehlsgebiet der Schupo

Die Regierung hat sich darauf berufen, daß die französischen Truppen aus dem Rheinland abziehen werden. Die deutschen und französischen Kommunisten haben brüderlich und gemeinsam während der letzten zwölf Jahre gegen die Besetzung im Rheinland und im Ruhrgebiet angekämpft.

Was aber ist jetzt im Zeichen des Young-Plans an Stelle der französischen Truppen im besetzten Gebiet getreten? Die deutsche Schupo, die unter Führung der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten so brutal gegen die revolutionäre Arbeiterschaft wütet, wie noch nie eine fremde Besatzungsarmee gemüht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Die Mordtaten in Worms, in Hartmannsdorf, in Berlin, und zuletzt in Hamburg, das Demonstrationsverbot, die Verhaftung der Arbeiterpresse, zeigen am besten, wie eure (zu den Sozialdemokraten) Freiheit, wie die Freiheit des Young-Plans aussieht.

Das besetzte Gebiet soll bis zum 30. Juni geräumt werden. Aber unter der Regierung des Finanzkapitals und der Sozialdemokratie wird ganz Deutschland vom Westen bis Osten, von der Wasserfront bis Bayern zu einem „besetzten Gebiet“ der kapitalistischen Reaktion. (Lebhafte Zustimmung.)

Die „Erleichterungen“ des Young-Plans

Wie steht es mit dem zweiten Versprechen der sozialdemokratischen Koalitionsregierung, daß der Young-Plan eine Erleichterung der Lasten für die Bevölkerungsmassen bedeute?

Es steht fest, daß der Young-Plan keine Erleichterung für die werktätigen Massen, wohl aber für die deutsche Bourgeoisie bringt.

Die von dieser Regierung entsandten Sachverständigen leugnen durch, daß der deutschen Industrie die 300 Millionen Industrieobligationen geschenkt wurden. Wenn auch der Young-Plan zunächst die Dawes-Zahlungen um 685 Millionen jährlich herabsetzt, so werden diese Ermäßigungen doch durch folgende Tatsachen wettgemacht. Während der Zeit des Dawes-Planes wurden in Deutschland ungefähr 17 Milliarden lang- und kurzfristige Kredite aufgenommen. Diese Kredite laufen ab und können nicht mehr erneuert werden. Zur Zeit des Dawes-Planes ist also das Doppelte an Krediten aufgenommen worden, als Reparationszahlungen von seitens Deutschlands geleistet wurden. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Jetzt wird Deutschland fast alles aus eigener Tasche, oder vielmehr aus den Taschen des arbeitenden Volkes zahlen. Der Transferschub ist zum größten Teil aufgehoben. Die Dawes-Zahlungen wurden in Reichsmark geleistet, während die Young-Zahlungen in ausländischer Goldwale geleistet werden müssen.

Dadurch kann leicht eine neue Inflation entstehen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Nach dem Young-Plan sollen fernerhin an Stelle der Sachleistungen in hohem Maße Geldzahlungen treten. Dadurch wird notwendigerweise die Arbeitslosigkeit erhöht und die Lebenslage des deutschen Proletariats weiter verschlechtert.

Die amerikanische Krise und der Kampf um die Märkte

In diesem Zusammenhang ist von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß sich von Amerika her der Beginn einer neuen Wirtschaftskrise ankündigt.

Die Vereinigten Staaten, das festgefägte imperialistische Land, das aus dem Weltkrieg ungeheure finanzielle Vorteile gewonnen hat, wird nun mit von der allgemeinen Krise des Kapitalismus ergriffen.

Damit geht Amerika dazu über, seine eigene Exportoffensive auf dem Weltmarkt zu erweitern. Der Kampf um die Weltmärkte verschärft sich in einem Maße, wie ihn die Welt noch nie erlebt hat. Es ist klar, daß auch unter diesem Gesichtspunkt die Lage der Arbeiterklasse Deutschlands unter dem Young-Plan unerträglich wird. Nicht Erleichterungen, sondern eine gewaltige Vermehrung der Not und der Ausbeutung wird eintreten.

Steuern, Zölle, Mieten

Etwa 2 Milliarden neue Steuern drohen. 400 Millionen neue Steuern wurden in den letzten Wochen beschlossen. Die Ankündigung Moldenhauers, daß dem deutschen Volk in nächster Zeit noch weitere 900 Millionen Steuern auferlegt werden sollen, zeigt, wohin diese Entwicklung führt. Im gleichen Moment werden der Bourgeoisie über 800 Millionen Steuererhöhungen gewährt.

Die Erhöhungen des Zolls für Mehl, Roggen, Weizen, Mehl, Butter, Schmalz, sogar für Schuhe und Seifenstücke bilden die Ergänzung dieses Plünderungsgebührens. Aber nicht diese neuen Zollerhöhungen, die wir auf über 1½ Milliarden

Was die SPD. den Massen versprochen hat

Wer erinnert sich nicht der vielen Versprechungen, die damals von den Volksbeauftragten, von der Regierung Ebert-Scheidemann den werktätigen Massen gemacht wurden? Ich will nur ein besonders schmachliches Dokument des sozialdemokratischen Volksbetrugs zitieren, das am 13. November 1918 vom Rat der Volksbeauftragten in ganz Deutschland verkündet wurde. In diesem Dokument heißt es:

„Arbeiter, Soldaten und Bauern! Die Regierung ist gestürzt. Die alten Machthaber sind geflohen. Die Beauftragten des Volkes haben die Gewalt in ihre Hände genommen. Deutschland ist eine freie Republik. Das deutsche Volk hat auf der ganzen Erde gesiegt. Der Präsident der Vereinigten Staaten führt uns einen Frieden der Versöhnung und Verständigung zu, ohne Annexionen und ohne Entschädigungen (Hört! hört! und Gelächter bei den Kommunisten). Der Weltkrieg ist somit für die Zukunft gelöst. Das französische und englische Volk beglückwünscht bereits das deutsche Volk zum Siege seines Imperialismus. Die englische Flotte hat die rote Fahne gehißt. Werktätige aller Berufe und Stände! Arbeiter, Soldaten und Bauern! Der allgemeinen Abklärung steht hinfort kein Hindernis mehr im Wege. (Lachen bei den Kommunisten.) Die Weltrevolution marschiert. Die Geheimdiplomatie ist abgelehnt. In dem sich in Zukunft die Völker in aller Offenheit selber regieren, herrscht nunmehr das Recht. Der Kapitalismus gehört von jetzt ab einer überwindenen Zeit an. (Lautes Lachen bei den Kommunisten und im übrigen Hause.) Jeder Werktätige erhält gerechte Entlohnung. Die Republik garantiert jedem Arbeit und Brot. Die Lebensmittelpreise werden sofort herabgesetzt, die ungerechten Steuern beseitigt. Die Bolschewikisierung beginnt. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Schieber und Wucherer werden nunmehr ihrer gerechten Strafe zugeführt. In der Republik ist kein Platz mehr für Korruption. (Lachen bei den Kommunisten und im übrigen Hause.) Die Bürokratie ist beseitigt. Das Volk regiert sich selbst. Ein allgemeiner politischer und wirtschaftlicher Aufstieg wird die Folge sein. Durch diese Revolution tritt unser Volk in den Zustand einer wahren Freiheit, Schönheit und Würde. (Erneutes Lachen bei den Kommunisten.) Werktätige! Bildet überall Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte! Rüffet zum Kampf gegen die Reaktion! Wieder Krieg! Es lebe die Republik! Es lebe die Weltrevolution!“

Dieser Aufruf trägt die Unterschrift: „Berlin, den 13. November 1918. Der Rat der Volksbeauftragten.“ (Rufe: Sandberg! — Landsberg, der 1918 Volksbeauftragter war, rammelt eine Entgegnung.)

Zwölf Jahre bürgerliche Republik

Genosse Thälmann (fortfahrend): „Ich glaube, daß die deutschen Arbeiter in bitteren zwölf Jahren am eigenen Leibe gemerkt haben, was sie von diesen Versprechungen zu halten haben. (Sehr richtig!)

Mit eben solchen verlogenen Phrasen, mit dem gleichen

Markt schähen, und die für jede Arbeiterfamilie durchschnittlich eine Mehrbelastung von jährlich 150 bis 200 Mark ausmachen, zeigt die wirkliche Lage. Gleichzeitig werden die wichtigsten Nahrungsmittel, die Kleidung, die Wohnungskosten des Arbeiters und aller Werktätigen ungeheuerlich verteuert. Hätte nicht die Kommunistische Partei die Massen zur Demonstration am 1. Februar geführt, hätten nicht die Massen Front gemacht gegen die Hungerregierung, so wären sicherlich schon am 1. Februar die Meisten in den meisten Städten um 10 bis 20 Prozent verteuert worden.

Die Wuchertarife der Städte und Gemeinden

Warum hat man gerade in der letzten Zeit in den meisten Städten, besonders in Berlin, die Tarife so stark erhöht? Weil der Young-Plan die Städte und Gemeinden dem sicheren Bankrott entgegenführt. Eine Stadt nach der anderen erhöht in der letzten Zeit die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität, Licht, Kraft, Straßenbahnen und alle anderen Verkehrsmittel. Schon diese Lasten im letzten Stadium der bloßen Vererbung des Young-Plans zeigt, welche Teuerung nach seinem Inkrafttreten im ganzen Lande herrschen wird.

Gegen die mörderische kapitalistische Rationalisierung

Schon zu Zeiten des Dawes-Plans haben wir Kommunisten den Kampf gegen die mörderischen Methoden der kapitalistischen Rationalisierung aufgenommen. Damals schrieb das Organ des ADGB (6. März 1926): „Wir halten die Rationalisierung für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung.“ (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Den Verfassern dieses Satzes wird die richtige Antwort zuteil werden von den Arbeitern in den Großbetrieben, in den Monopolunternehmungen der deutschen Industrie, die am eigenen Leibe die unwürdigen Formen der kapitalistischen Rationalisierung gespürt haben, von den Millionen junger Arbeiter und Arbeiterinnen, die am eigenen Leibe die Wirkung der Ausbeutung in den Treibmühlen des Kapitals erfahren. Hunderttausende von Erwerbslosen werden in den wichtigsten Industriezweigen auf die Straße geschleudert.

Der Reallohn sinkt

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ vom 28. Januar 1930 zieht der bekannte Volkswirtschaftler Kuczynski das Fazit der

Die Geißel der Erwerbslosigkeit

Wir haben heute mehr als 3 1/2 Millionen Erwerbslose. Wenn wir die Angehörigen hinzurechnen, ergibt sich, daß heute 10 Millionen Menschen ohne Brot und Arbeit auf der Straße stehen. Das ist ungefähr ein Siebentel der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Dazu kommen 2,9 Millionen Invaliden, 2 Millionen Kriegsober, Millionen Unfallrentner und die durch die Inflation ruinieren Kleinrentner.

Gegen diese große proletarische Armee, die am meisten Not leidet, die am rücksichtslosesten ausgeplündert wird, richtet sich der schärfste und erste Angriff des Finanzkapitals, das den Young-Plan durchführt. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Das ist der „innere Young-Plan“

Diese brutale, hemmungslose, in Worten gar nicht zu beschreibende Ausbeutung, die wir den „inneren Young-Plan“ nennen, wird in noch viel furchtbarerem und katastrophalerem Maße, als er bis jetzt sichtbar ist, das ganze Proletariat bis auf den letzten Mann treffen. Unter den mörderischen Auswirkungen des Youngplans leiden sowohl die 15 Millionen Bezahlten Arbeiter, wie die 3 1/2 Millionen Erwerbslose, die weiblichen wie die männlichen, die Erwachsenen, wie die Jungarbeiter. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Und nicht nur das Proletariat, alle Schichten des werktätigen Mittelstandes in Stadt und Land leiden unter dem Youngplan. Die Kleingewerbetreibenden, die kleinen Geschäftleute, die Handwerker, diejenigen, die vor Steuern nicht mehr aus noch ein können, die ihren letzten Spargroschen verlieren, die vom Monopolkapital und von den Warenhäusern erdrückt werden, — sie alle können unter den Lasten des Youngplans. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Die unteren Beamten und Angestellten, die zu Hunderttausenden aus den Behörden, aus den Betrieben, aus den Geschäften, aus den Banken herausgerationalisiert werden, sie sind gleichfalls die Opfer des Young-Plans. Und in diese Front gehören auch die Hunderttausende von Kleinbauern, die durch das Industriekapital, die Banken, den Vorkriegsruhrschmerz angehangert werden.

Die Nationalsozialisten führen den Young-Plan durch

Die gemeinsame Front gegen den Kommunismus reicht bis zu den Nationalsozialisten. Wenn es im Reichstag um die Erhöhung der Zölle, der Steuern, der Mieten geht, sind die Hugenberg-Leute und die Nationalsozialisten genau so freudig am Werk, wie die Parteien der Weimarer Republik.

Der kürzlich in die Thüringer Regierung eingetretene Nationalsozialist Fried hat sich im Rahmen der heutigen bürgerlichen Republik der Aufgabe unterzogen, das was der Youngplan zu seiner Durchführung im Innern erfordert, innerhalb Thüringens auszuführen. Der Nationalsozialist Fried handelt genau so im Namen des Youngplans wie die Reichsregierung und alle anderen Länderregierungen. (Zurufe von den Nationalsozialisten: „Vorwärts, Moskau!“) Das ist sehr unangenehm für Sie! Und noch unangenehmer ist die Tatsache, daß Fried gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei den Youngplan durchführt. In einer öffentlichen Versammlung, wo er kürzlich sprach, war er so zahm, daß man keinen Unterschied mehr zwischen einem Vertreter der heutigen Koalition und dem nationalsozialistischen Minister Fried entdecken konnte.

Nach einer letzten Tatsache will ich anführen: Hitler hat schon einmal gesagt, er lei „in der Außenpolitisch Opportunist“. Aber Goebbels kann es sich nicht verkneifen, im „Angriff“ folgendes zu erklären:

„Dann endlich erdaut der reitende Huf: Keine weiteren Anleihen mehr! Wir zahlen nur noch Reparationen nach Maßgabe des Möglichen.“ Diese Worte zeigen, daß auch die Nationalsozialisten gewillt

sohnentwicklung im Jahre 1929 dahingehend, daß der Reallohn des Proletariats in der Zeit vom Juni bis zum 1. Januar um 13,9 Prozent gefallen ist. Das ist das Resultat der langfristigen Schiedsprüche, die in allen Tarifgebieten von der Sozialdemokratie über die arbeitenden Massen verhängt werden.

Die Ausplünderung der Wohlfahrtsunterstützten

Die allgemeine Ausplünderung geht sich fort auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Überall im Reich, in den Ländern und Gemeinden werden die Wohlfahrtsausgaben abgebaut. Von den Luxus- und Repräsentationsausgaben aber wird kein Pfennig gestrichen.

Die Regierung Hermann Müller hat den Ruhm, in kurzer Zeit alle sozialpolitischen Errungenschaften zertrümmert zu haben, die sich die deutsche Arbeiterbewegung in jahrzehntelangem Kampf erobert hat. Früher verführte man hochmütig: Deutschland in der Sozialpolitik voran! Heute kann man sagen: Deutschland im Abbau der Sozialpolitik allen anderen Ländern voran! (Sehr wahr! bei den Komm.)

Ruin der Sozialversicherung

Bei der Beratung über die Deckung des Defizits von 700 Millionen im Reichshaushalt hat der Finanzminister Moldehauer angekündigt, daß man bis zum Jahre 1932 „Kredite“ von der Angekettensversicherung und Invalidenversicherung nehmen will, um damit die notwendigen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung zu begleichen. Bei der unaufhörlich wachsenden Zahl der Erwerbslosen, die im Weltmaßstab bereits 15 Millionen überschritten hat und in Deutschland besonders stark wachsen wird, bedeutet diese Maßnahme die Liquidierung und den Ruin der gesamten Sozialversicherung.

Es gibt heute kein Land in der Welt, das auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der sozialen Fürsorge vorwärts marschiert und großartige Fortschritte erzieht. Mit einer einzigen Ausnahme:

die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken, wo das Proletariat die Macht hat und die Werktätigen regieren.

Die Ziffern des Elends und die Millionen des Reichtums

Zwei Fronten stehen sich heute in Deutschland gegenüber: die Opfer des Youngplans und die Nutznieher des Youngplans. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Die Opfer sind alle Werktätigen ohne Ausnahme. Die Nutznieher sind alle Ausbeuter mit samt ihren sozialfaschistischen und nationalsozialistischen Agenten.

Von den Nutzniehern des Young-Plans sprechen die provozierenden Ziffern des Reichtums, die ich nicht verschleiern will, diesem Parlament der Besitzenden zu unterbreiten. Ich erwähne nur die Tatsache, daß es bei der steigenden Not und der furchtbaren Armut der Massen heute noch möglich ist, daß im Deutschland des Youngplans zum Beispiel die Direktoren des Röhrenverbandes 110 000 Mark, jeder Direktor bei Krupp 120 000 Mark, der Direktor des Stahlwerksbundes 180 000 Mark, der Direktor der IG-Farbenindustrie 300 000 Mark („Unerhörte!“ bei den Komm.) und der Generaldirektor Cuno bei der Hamburg-Amerika-Linie 600 000 Reichsmark jährlich bekommen. (Erneute Rufe: „Hört! Hört!“)

Wir wollen dieses System vernichten

Diese himmelschreienden Ziffern möchte ich mit dem Hinweis auf die Tatsache ergänzen, daß wir heute in Deutschland mehr als 900 000 Arbeitslose haben, die nicht mehr unter die Erwerbslosenunterstützung fallen.

Die Altersrentner und Unfallrentner müssen infolge der Maßnahmen dieser Regierung an den Küchenstellen der Wohlfahrtsstellen das Essen, das diesen Notleidenden in den letzten Jahren kostenlos gewährt wurde, jetzt mit 25 Pf. bezahlen.

Die Tatsache, daß demgegenüber der Reichsbankpräsident 340 000 R. jährlich erhält, lenkt auch dieses verruchte, menschenverachtende System der kapitalistischen Gesellschaft. Darum brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn die revolutionäre Klasse, das Proletariat, sich unter Führung der Kommunistischen Partei daran macht, dieses System zu vernichten.

Nur die Kommunisten bekämpfen den Young-Plan!

Wir, die Kommunistische Partei, lehnen als einzige den Young-Plan nicht nur im Parlament ab, sondern wir bewirken durch alle unsere Handlungen, daß wir in Wirklichkeit den Kampf der Arbeitermassen gegen diesen Plan entfesseln und organisieren. Wir Kommunisten kämpfen für Lohn und Brot, für Arbeit und Existenz aller Werktätigen.

Wir Kommunisten sind die einzige Partei, die dem Young-Plan die proletarische Revolution als Lösung entgegenstellt.

Darum verleumdet man uns. Darum will man uns verbieten. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Das Republikstuhngesetz — eine Waffe für den Young-Plan

Das Republikstuhngesetz, über das in den nächsten Wochen hier verhandelt werden soll, ist das innenpolitische Schwert, mit dem man die rebellierenden Massen, die gegen den Young-Plan kämpfen, niederschlagen will. (Zustimmung bei den Komm.) Das Republikstuhngesetz soll die kommunistische Presse unter-

drücken, die im Kampf gegen den Young-Plan die Wahrheit sagt. Jene, die für Recht und Freiheit kämpfen, sollen in die Justizhäuser und Gefängnisse geschleudert werden. Zu solchen Mitteln muß die herrschende Klasse in Deutschland greifen, aber sie wird sich die Silm dabei einrennen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Kampf dem drohenden Parteiverbot!

Wir Kommunisten, die Partei der proletarischen Revolution, haben uns die Aufgabe gestellt, mit allen Mitteln, die Durchführung des Young-Plans zu verhindern, und seine Erfüllung unmöglich zu machen.

Darum die allseitige Verleumdungskampagne der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gegen die Kommunistische Partei. Der sozialdemokratische preussische Innenminister Erzgrün hat in diesen Tagen im Preussischen Landtag offen erklärt, daß er die Kommunistische Partei zu verbieten beabsichtigt. Man wagt die freche Behauptung aufzustellen, die Führung der Kommunistischen Partei erstrebe selbst die Illegalität.

Ich erkläre hier im Namen der Kommunistischen Partei, daß diese Behauptung eine elende schmutzige Verleumdung ist. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Wir kämpfen nicht nur bis zum letzten Augenblick für alle legalen Möglichkeiten unserer Betätigung. Wir rufen der deutschen Arbeiterklasse von dieser Stelle aus zu: Verteidigt die Kommunistische Partei mit allen Kräften gegen den Angriff der sozialfaschistischen Regierungskoalition! Gleichzeitig erklären wir aber auch: Wir fürchten auch nicht die Illegalität. Denn es wird niemals Covering und Erzgrün gelingen, die Kommunistische Partei, die Millionenpartei des deutschen Proletariats, auf die Knie zu zwingen. Es wird ihnen niemals gelingen, die Kommunistische Partei von den proletarischen Massen zu lösen. (Stürmischer Beifall bei den Komm.)

Der Rote Frontkämpferbund lebt und kämpft weiter!

So wenig es der herrschenden Klasse gelungen ist, 1919 den verbotenen Spartakus-Bund niederzuzwingen und 1928/29 die Kommunistische Partei zu vernichten, so wenig ist es ihnen heute möglich. Diese Regierungskoalition hat vor neun Monaten den Versuch unternommen, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Heute können wir trotzdem mit Stolz feststellen, daß der Rote Frontkämpferbund lebt und weiter kämpft, ohne Rücksicht auf jedes Verbot! (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Der Kreuzzug des Weltkapitals gegen Moskau

Der Young-Plan ist nicht nur ein Hunger- und Unterdrückungspakt gegen das werktätige Deutschland, sondern er ist auch ein Kriegspakt gegen die Sowjetunion.

Die Kapitalisten der ganzen Welt verstärken unter Führung Amerikas die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Der Papst predigt den Kreuzzug gegen den Bolschewismus. Mexiko bricht die Beziehungen zur Sowjetunion ab und verhaftet den Gesandten des Arbeiterstaats. In Deutschland werden die Tschernomengänischer freigesprochen. Der Reichsmehr- und Volkseisler erreicht die ungeheure Summe von 2 Milliarden. Dem Panzerkreuzer A folgen die Kreuzer B und dann C und D. Das Schwergewicht der deutschen Kriegsflotte wird in die Ostsee, gegen die Sowjetunion verlegt. Die sowjetfeindliche Kriegshege nimmt in der ganzen Welt Formen an, wie sie noch nicht dagewesen sind.

Deutsch-polnisches Kriegsbündnis

Von ganz besonderer Bedeutung ist das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Zum erstenmal seit elf Jahren wird damit die gemeinsame Front des deutschen und polnischen Imperialismus gegen die Sowjetunion fest geschlossen.

Wir erklären von dieser Stelle aus unsere brüderliche Solidarität mit der kommunistischen Partei Polens und der polnischen Arbeiterklasse, die in dieser Illegalität einen heroischen Kampf auf Tod und Leben gegen den blutigen Faschismus führt.

Die bolschewistische Lösung der Reparationsfrage

Gegen den räuberischen Young-Plan kämpfen wir für die bolschewistische Lösung der Reparationsfrage, für das Programm der proletarischen Revolution.

Die Sowjetmacht hat über 30 Milliarden zaristischer Schulden auf revolutionärem Wege annulliert. („Sehr richtig!“ und Bravorufe bei den Komm.)

Auf diesem Wege wollen und werden auch wir den Young-Plan zerschlagen. Die Voraussetzung dafür ist der Sturz des eigenen Bourgeoisie, die Niederwerfung der Kapitalsherrschaft in Deutschland selbst. Der proletarische Freiheitskampf gegen den Young-Plan ist unlöslich verbunden mit dem Tageskampf der gesamten Arbeiterschaft. (Glocke des Präsidenten.) Die Sozialdemokraten fordern, daß dem Redner das Wort entzogen wird. Erneuter Protest der Kommunisten. Der Redner spricht weiter.) Im Kampf gegen den Young-Plan verwendet das Proletariat alle Formen des revolutionären Klassenkampfes, wobei die Waffe des politischen Massenstreiks eine entscheidende Rolle zu spielen beginnt.

Sowjetdeutschland an Stelle Young-Deutschlands!

Als der Gewaltfrieden von Versailles vor dem Abbruch stand, erklärte die kommunistische Internationale in dem Aufruf ihres ersten Weltkongresses an die Arbeiter aller Länder geschrieben von der Hand Lenins:

„Die Diktatur des Proletariats und die Gründung der Sowjetmacht — das ist die einzige Schlussfolgerung aus der Versailles' Lektion für die Proletarier der ganzen Welt.“

Diese Lektion, diese bolschewistische Schlussfolgerung wollen wir deutschen Kommunisten stehen und an der Spitze der Arbeiterklasse danach handeln. Während in Deutschland der Faschismus zur Herrschaft kommt, steht in der Sowjetunion die Rote Armee des bewaffneten Proletariats. Wir gehen den Weg zur Schaffung einer revolutionären Staatsmacht, zum Sturz aller Ausbeuter. Dafür kämpfen wir, ob erlaubt oder verboten, legal oder illegal. Wir kämpfen an Stelle des jetzigen Young-Deutschlands ein Sowjetdeutschland aufzurichten. (Stürmischer und lang anhaltender Beifall bei den Kommunisten.)

Breslau

Die Arbeitslosenzahl in Schlessen steigt weiter

Breslau, 12. Februar. Das Landesarbeitsamt Schlessen meldet: „Die Zahl der Arbeitslosen wie der Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 30. Januar bis 15. Februar im Bezirk des Landesarbeitsamtes Schlessen weiterhin, und zwar um rund 2 v. H. gestiegen. Es wurden demzufolge am Ende der Berichtswoch 324 998 Arbeitslose gegen 318 268 am Ende der Vorwoche und 347 834 Hauptunterstützungsempfänger gegen 344 907 am Ende der Vorwoche gezählt. Im ganzen zeigt eine Gegenüberstellung der niederschlesischen und oberschlesischen Zahlen, daß Niederschlessen an der ungenügenden Entwicklung erheblich stärker als Oberschlessen beteiligt ist. Für entsprechende Zeit des Vorjahres wurden im gesamten Landesarbeitsamtsbezirk 291 488 Arbeitslose (in Niederschlessen 184 189, in Oberschlessen 97 299) und 228 306 Hauptunterstützungsempfänger (in Niederschlessen 146 974, in Oberschlessen 81 332) gezählt.“

Das vermisste Mädchen aufgefunden

In den Nachmittagsstunden des gestrigen Mittwochs ist die vermisste Schülerin Gertraude Schubert in Brodau aufgefunden worden. Sie hatte sich Montag früh zu ihrer Großmutter nach Bieleh, Kreis Hallenberg, begeben und war dann zu Bekannten ihrer Eltern nach Brodau gefahren. Infolge der Zeitungsmeldungen über das plötzliche Verschwinden des Mädchens benachrichtigten die Bekannten die Polizei, auf deren Veranlassung das Mädchen gestern nach dem Breslauer Polizeipräsidium gebracht wurde, wo es bis in die späten Abendstunden verhört wurde.

Die Polizei ermittelte noch, daß das Mädchen nach Lausfeld und dann mit dem Auto nach Bieleh zu seiner Großmutter fuhr. Es schloß eine Nacht dort bei Bekannten. Nachdem es erzählt hatte, daß seine Mutter krank sei, fuhr sie Mittwoch zurück und stieg in Brodau aus.

Fakenkreuzstudienrat an „höherer“ Schule

(Schülerkorrespondenz)

Daß die Breslauer höheren Schulen eine Brutstätte des wildesten Faschismus sind, dürfte wohl jedem seit den Vorfällen in der Viktoriaschule bekannt sein. Aber daß es ein Studienrat einer Oberrealschule (Wendeschule) wagen würde, seiner gelassenen Überzeugung durch das Tragen eines Fakenkreuzes Ausdruck zu geben, ist wohl doch etwas überraschend. Ein Studienrat, dessen plebejisches Aussehen nicht im geringsten derartige „rabuläre“ Anwandlungen hätte vermuten lassen, und der im Unterricht immer von Stillschleier und Dummheit glänzt und außerdem stets von „Gleichberechtigung der Klassen und Religionen“ schwätzt, findet es für durchaus richtig, daß er mit Fakenkreuzen geschmückt seinen Schülern den Unterricht erteilt. Auf Erkundigungen in anderen Klassen erfuhr man, daß sich der Studienrat auch dort neuerdings damit beschäftigt, die Schüler zu versehen. Wir wehren uns energisch gegen die Faschisierung der Schulen und prangern hiermit die Tatsache an. Was wird das Schulkollegium unternehmen? Rr.

Messerstecherei

Zu einer schweren Schlägerei kam es gestern abend am Lehndamm, umweilt Brigittental. Der Arbeiter Max J. und der Händler Robert K. bekamen aus unbekanntem Grund Streit, in dessen Verlauf auf beiden Seiten zum Messer gegriffen wurde. Mit schweren Stichverletzungen in der Brust wurde schließlich der Arbeiter in die Marienstraße eingeliefert, wo er bleiben mußte, während der Handelsmann nach Anlegung eines Notverbandes wieder entlassen werden konnte.

„Cos“-Stiftungsfeier. Am Sonntag beging der Gesangschor „Cos“ in Hoffmanns Festhale sein siebentes Stiftungsfeier. Der überaus feine Saal bewies die große Sympathie, welche die revolutionäre Arbeiterbewegung dem Gesangschor entgegenbringt. In kurzen Worten schilderte der Vorsitzende den Werdung des Chores. Heute steht derselbe mit einer Sängerzahl von 50 Personen in jeder Beziehung auf der Höhe. Doch ist die Stärke des Chores für unsere Bewegung nicht groß genug. Darum erwartet derselbe in den nächsten Übungsstunden, die regelmäßig im „Grünen Berge“, Kupferstraße stattfinden, sich neu meldende Sänger. Frauen Dienstags, Männer Samstags von 20-22 Uhr.

Strassenunfälle. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes der Klosterstraße wurde die Schülerin Gertraud B., Bräderstraße wohnhaft, von einem Radfahrer umgefahren und verletzt. — Infolge Unwohlseins stürzte die Arbeiterin Frieda B., Heinrichstraße wohnhaft, von einem Strassenbahnwagen der Linie 6, wodurch sie sich schwer verletzte. — Ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorrad ereignete sich auf der Zauwigen, Ecke Bahnhofstraße, wobei der Motorradfahrer verletzt wurde. — Von einem Auto wurde die Verkäuferin Elfrida F. auf der Rosenthaler Straße umgefahren und verletzt. Das Auto fuhr, ohne sich um die Verletzte zu kümmern, weiter.

Zeugen eines Strassenunfalles gesucht. Am 10. Oktober 1929, in der gestrigen Vormittagsstunde, wurde eine Radfahrerin an der Strassenkreuzung Fürsten- und Ährenstraße von einem Motorradfahrer angefahren und ein Stuhl mitgeschleift. Zwei dort anwesende Frauen nahmen sich der Verletzten an und schafften sie in das Krankenhaus. Diese beiden Frauen sowie auch andere Zeugen, die über den Vorgang Auskunft geben können, sollen sich im Polizeipräsidium, Zimmer 412, melden.

Freizeitvortrag! Vom Verband für Freiabendertum wird uns geschrieben: Für das Streikertum Lor findet heute Donnerstag 20 Uhr bei Schmidt, Hubertstraße 50, ein öffentlicher Lichtbildvortrag statt. Vortr.: Genosse Meyer mann. Wir bitten um rege Beteiligung, namentlich der Frauen. Eintritt frei.

Eine kleine Landortsgruppe

vor Partei, Faulbrück, machte durch systematische Arbeit in letzter Zeit 7 Neuaufnahmen für die Partei, 52 Aufnahmen für die Rote Hilfe und gewann weiter 35 Abonnenten für unsere Presse. Genossen, mach's nach!

Nichtgroßschönjunge vor Gericht entlarvt

Dreizehn Monate Gefängnis wegen der Vorfälle am 1. Mai

Breslau, 12. Februar.

Am 1. Mai v. J. war es in der Margaretenstraße zu einem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden einige Polizeibeamte verletzt. Dazugekommene Arbeiter schafften dann die verletzten Polizeibeamten auf die Volkswache. Diese ihre Hilfsbereitschaft wurde ihnen zum Verhängnis. Sie wurden nämlich nach dem Polizeipräsidium gebracht und es wurde Anklage wegen Aufruhrs gegen sie erhoben. Im August v. J. waren deswegen drei Arbeiter und eine Arbeiterin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Die Verurteilten legten Revision ein, die nunmehr vor dem Schöffengericht zur Verhandlung kam, die besonders im Hinblick auf die aufmarschierenden Zeugen außerordentlich interessant war. Da war J. B. einer so voller Wichtigkeit, daß man ihm den „Zwölfen“ — d. h. einen der früher zwölf Jahre beim Militär dienste — sofort ansah. Seine Aussagen wurden in Form eines Dubendorffschen Schlagschichtes gemacht. Er sagte vom „frontalen Angriff auf die Polizei“ und hat selbst den Polizeibeamten Anweisungen gegeben, wie sie sich zu verhalten hätten. Von wegen, weil er „alter Krieger“ ist.

Der zweite Zeuge, namens Grala — wir hatten diese Gehalt schon anlässlich der ersten Verhandlung gekannt — wurde durch den von der roten Hilfe gestellten Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Gottschill, als Nichtgroßschönjunge entlarvt. Auf die Frage des Rechtsanwalts, ob er — Grala — der Abteilung I A „Meldung“ erstattet hätte, die SPD „Sewalme am 1. Mai die Arbeiter“, verweigerte er die Aussage.

Das ist wohl deutlich genug. Das Gericht hatte für die Mute dieses merkwürdigen Zeugen auch insofern Verständnis, als es beschloß, die Frage nach der Nichtgroßschönjungentätigkeit nicht zuzulassen. Immerhin war der Keil in diesem Augenblick so kompromittiert, daß selbst der Anklagevertreter ihn fallen lassen mußte. Dafür wurden andere „Beweise“ gesucht, um ein Urteil zu begründen. Was der Staatsanwalt in der ersten Verhandlung als belastend angesehen hatte, wurde diesmal entlastend, und umgekehrt. Das geht ja nach Bedarf. Hauptsache, es dient dazu, einige Arbeiter zu verurteilen.

In seiner einflussreichen Verteidigungsrede zeigte Rechtsanwalt Gottschill den Klassencharakter des Gerichts auf. Er prangerte gleichzeitig die Methoden von Justiz und Polizei gegenüber Arbeitern an, um sie auf die Anklagebank zu schleppen. Dann knöpfte er sich die Kronzeugen des Staatsanwalts vor. Seine Verteidigungsrede war so

unwiderlegbar, daß sogar das Gericht nicht umhin konnte, bei zwei Angeklagten, darunter der Genosse Schild, zum Freispruch zu kommen. Bei den anderen Verurteilten wurden die Strafen herabgesetzt. Immerhin erhielt noch eine Arbeiterin, Frau Weiß, Mutter von zwei Kindern, sieben Monate Gefängnis, und ein Arbeiter sechs Monate.

Dieses „gemilderte“ Urteil ist genau so ungeheuerlich wie das erste. Ja, der Klassencharakter des Gerichtes ist in ihm noch eindeutiger zum Ausdruck gekommen, als in der ersten Verhandlung. Obwohl selbst der Staatsanwalt seine Anklage beträchtlich eingeschränken mußte, wurden trotzdem diese hohen Strafen verhängt. Die Arbeiter mußten eben verurteilt werden, zur höheren Ehre des Prestiges der Justiz und zum Zwecke der Abschreckung für die Klassen-genossen!

Überflüssig zu sagen, daß das Gericht sich, was den letzten Teil dieser Arbeit betrifft, getäuscht haben soll. Die Klassenbewußten Arbeiter werden auch weiterhin, trotz Terror, ihren Mann stehen.

Zwei Wochen Gefängnis für Genossen Brodke

Die gestern bereits gemeldete Verhaftung des Genossen Brodke verfolgte den Zweck, ihn zu einer Gerichtsverhandlung vorzuführen. Er wurde vor dem Erweiterten Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von zwei Wochen verurteilt, wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die Anklage stützte sich auf die Vorgänge anlässlich der Majderversammlung im Schieferberg, wo der bekannte Oberleutnant Laumann bewacht für die Majd Partei ergriß, daß er mit seinen Beamten jeden Arbeiter am Neben aus dem Saale geschleift hätte. Die Verhandlung ergab das rührende Bild, daß die „republikanische“ Polizei einträchtig mit dem Hitler-Jüngling Kremsler war, der auf der Beugebank saß. Der Gerichtsvorstand schloß sich dieser Einheitsfront an, indem er jede Verächtlichmachung der Majd, die er durchweg als „Arbeiterpartei“ bezeichnet haben wollte, sich energisch verbat. In seinem Schlusswort ging Genosse Brodke auf die haltlosen Beschuldigungen der Polizei und der Majd-Jünglinge ein und zeigte vor allen Dingen die Freigelt dieser „Revolutionäre“, die zwar angeblich diesen Staat verurteilen zu wollen, sich vor Proleten aber fürchten, und immer hinter dem Rücken der republikanischen Polizei verriechen. Das Urteil war ein „Verlegenheitsurteil“, da man einen Arbeiter bestrafen muß, wenn ihm auch nichts bewiesen ist.

Die Verschacherung der städtischen Betriebe

Diskussion unerwünscht

Gestern, Mittwoch, nachmittag fand der bereits von uns angekündigte Vortrag des Berliner Direktors Alexander über die „Umwandlung der städtischen Betriebe in eine Aktiengesellschaft“ statt. Der Referent bräute sich, wie zu erwarten war, sehr vorsichtig aus. Man mußte zwischen seinen Worten herauslösen können, was die Umwandlung eigentlich tatsächlich bedeutet. Alexander sprach von „Entbürokratisierung und Entpolitisierung der städtischen Betriebe“ und meinte damit Entziehung der Aufsichtrechte der Stadtverordnetenversammlung. „Der Schritt müßte einmal gemacht werden, früher oder später. Man soll ihn bald machen.“ Bei Ueberrahme der Angestellten und Arbeiter stellte er

so genannte Haustarife in Aussicht. Ob die Personalmöglichkeit der bisherigen städtischen Arbeiter angenommen werden können, habe noch nicht fest. Er empfahl, die neue Breslauer Gesellschaft nach Berliner Muster aufzugliedern.

Eine Diskussion über Alexanders Referat wurde abgelehnt. Der Magistrat darf nicht glauben, für immer darum herumzukommen, daß die Privatisierungspläne in breiter Öffentlichkeit behandelt werden. Die Kommunisten werden dafür sorgen, daß das möglichst bald und gründlich geschieht.

Putsch der Kommunisten?

Der Aktionsplan der Kommunistischen Partei. Darüber spricht der Landtagsabgeordnete Jean Winterich-Köln, am Freitag, dem 14. Februar, in den „Zentral-Ballsälen“, Westendstraße 50-52, in einer öffentlichen Versammlung. / Arbeiter, Angestellte, erscheint in Massen!

Ueberfallkommando rufen ist großer Unfug. In einer auf der Gartenstraße wohnenden Familie war unter den Geschwistern, deren Eltern gestorben waren, ein Erb streit ausgebrochen, der schließlich dazu führte, daß man die Wohnung auszuräumen begann, worauf eine der beiden Parteien das Ueberfallkommando alarmierte. Dieser „Notruf“ wird aber eine Anzeige wegen „groben Unfugs“ zur Folge haben.

Stand des Sechstagerrennens (Donnerstag, 4 Uhr früh): 1. van Kempen-Buschshagen mit 256 Punkten. Eine Runde zurück: 2. Wijnenburg-Junge 248 Punkte. Zwei Runden zurück: 3. Meyer-Gochel 210 Punkte. 4. Peitl-Kroschel 114 Punkte. Drei Runden zurück: 5. Fraude-Louet 147 Punkte. Vier Runden zurück: 6. Freuß-Refiger 148 Punkte. 7. Ransch-Hirtgen 118 Punkte. 8. Goffens-Deneef 108 Punkte. Fünf Runden zurück: 9. Charlier-Dunay 127 Punkte. 10. Knappe-van Rensle 88 Punkte. Sechs Runden zurück: 11. Manthey-Schon 181 Punkte.

Arbeiter- und Kraftfahrerbund „Solidarität“. Die Verteilungsabende im Monat Februar sind folgende: 1. Abteilung Dienstag, 18., bei Eichs, Klosterstraße 125; 2. Abteilung Freitag, 14. und 28., bei Klante, Hochstraße 7; 3. Abteilung Dienstag, 28., bei Wally, Westendstraße 37; 4. Abteilung Montag, 17., bei Biezorek, Parkstraße 6; 5. Abteilung Dienstag, 11. und 25., bei Wolff, Gebwigstraße 15; 6. Abteilung Dienstag, 18., bei Kirck, Steinstr. 155; 7. Abteilung Dienstag, 18., bei Hoffmann, Schönstraße 21; 8. Abteilung Donnerstag, 13. und 27., bei Stannell, Rauborstraße 99; 9. Abteilung Freitag, 14. und 28., bei Krusch, Frankfurter Str. 149; 10. Abteilung Donnerstag, 15., im Keiner Schwoedniger Keller, Breslauer Straße 30. — Jugendabteilung: Heim West: Jeden Montag im Jugendheim, Friedrich-Wilhelm-Straße 45; Heim Nord: Jeden Dienstag in der Sozialistische Schule, Schulhaus 1, Eingang 3, Zimmer 2. — Motorradfahrerverein: Donnerstag, 20., in den Hubertuskäfen, Friedr.-Wilhelm-Str. 32. Die allgemeine Monatsversammlung ist Mittwoch, 28. Februar, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8.

Hanball. Laut Beschluß des Bezirksspielausschusses herrscht für den 16. Februar wegen des Kreiswinterportfestes für den ganzen Tag Spielverbot. — Montag, 17. Februar, 20 Uhr, Sitzung bei Hante, Leuthenstraße.

Arbeiter-Speranto-Gruppe. Freitag 20. Uhr im Gruppenlokal bei Wittner, Uferstraße 20, Monatsversammlung.

Arbeiter-Magleverein. Donnerstag 20. Uhr Versammlung im „Oberstrom“, Herstraße.

Von der Praxis des Gewerkschaftsbörsen-Mensche

Bei reichhaltiger Tagesordnung tagte die diesjährige erste Döhlauer Ortsauschubssitzung. Den Geschäftsbericht leitete der Reformierte Herr Sekretär Menche nach seinem Schema herunter. Der Geschäftsbericht gab Folgende Stichpunkte. Hier entbrannte die erste scharfe Debatte. Dem Genossen Bargerda fiel es auf, daß sich der Herr Menche, ohne die Parteidelegierten zu fragen, eine Geschäftsberichterstattung von 15 Mark pro Monat bewilligt hat. (Jetzt also 285 Mark ohne soziale Beiträge.) Darauf brachte man einen früheren Antrag zur Verlesung, welcher besagte, daß der Gesamtvorstand ermächtigt wäre, je nach Zulage der Gewerkschaften auch das Gehalt des Sekretärs prozentual zu erhöhen. Für und gegen wurde genügend diskutiert. Genosse Bär erklärte zum Schluß der Diskussion, daß ein Gehalt von 220 Mark genügend für eine Kleinstadt wie Döhlau sei, und durch die hohe Besoldung der Angestellten die Fühlung mit dem Proletariat verloren wird. (Abgesehen davon, daß er als Sozialfaschist die Fühlung schon verloren hat.) Bei der Vorstandswahl konnte man die Absicht des Gewerkschaftsbürokraten Menche, die Opposition aususchalten, deutlich beobachten. Er brachte eine eigene Vorschlagsliste. Die Opposition machte eigene Vorschläge. Die Zimmerer verlangten auf Grund der Stärke des Verbandes von sich aus ein Vorstandsmitglied. Aber mit den Bemerkungen, sich keine Jesuitiker in den Vorstand hinzuzunehmen, wurde das abgelehnt. Wer keine Angst, Herr Menche, mit uns Zimmerern ist das noch nicht abgemacht! Herr Menche gelte sich auch beim Punkt „Beschwerden“ im rechten Recht. Genosse Donjok machte ganz interessante Enthaltungen. Genosse Donjok verlangte gelegentlich von Menche, daß er verhaften soll, eine Abhilfe zu schaffen, daß Arbeiter nicht vier bis fünf Wochen auf Erwerbslosenunterstützung zu warten hätten.

Ein Antrag der Opposition, einen Delegierten zum oppositionellen Gewerkschaftsführer zu ernennen, wurde von 15 Kollegen schließlich unterstützt. Der Oberbörse Menche ließ über diesen Antrag nicht abstimmen. Arbeiter hart auch mehr um die Opposition!

Die Champions „Gildehof“ und „Bergmann-Privat“ mit am Start!

Es ist ein eigen Ding um diese Schwesternjagretten. Wo sie er glühen, winkt der Sieg. Wer ist, den die Macht dieser prächtigen Zauber „Stüben“ noch nicht zu Erfolg geleitet hätte? Auch die Sportarena Jahrhunderthalle Breslau trägt ihre Farben, die Sechstager-Fahrer zu nimmermüder Ausdauer anzuweisen!

Waldenburger Bergland



Rede auf dem Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Er erschienen im Internationalen Arbeiterverlag

zum Preise von 20 PFENNIG

Zu haben in allen Buchhandlungen und bei allen Literaturverlegern

Unverhörte Zustände in der Knappschaff

Diktatur gewisser Ärzte

A. R. Es ist hinlänglich bekannt, daß die Ärzte im Lazarett und „Vertrauensärzte“ unbarmherzig, ja brutal vorgehen, wenn es darum handelt, kranke, elende Kumpels „arbeitsfähig“ zu machen. Das Kapitel „Vertrauensärzte“ ist bekannt. Ihnen stehen die Ärzte in den Lazaretten in nichts nach. Hier sei ein, besonders schwerer Fall erwähnt. Der Lehrbauer Pologel, Melchiorstraße, wegen Rheumatismus in Behandlung im Knappschafflazarett Waldenburg. Man hat nichts anderes mit ihm gemacht, als Watten die geschwollenen Gelenke gebunden. Einige Tage vor Ablauf der sechsmaligen Behandlung hat man ihn als „arbeitsfähig“ entlassen, obwohl er nicht imstande ist zu gehen, da die Knie und Hüfte stark geschwollen sind. Er mußte die Zehle, mühte aber vergeblich und nahm einen neuen Kranken ein. Man schickte ihn in das Reutender Lazarett. Dort wurde er auch wieder als „arbeitsfähig“ entlassen, und da er seine Schuhe infolge der Gewalt nicht anziehen konnte, schenkte ihm der Oberarzt ein Paar ihm abgelegte größeren Formate. Wieder ging er zur Zehle und dort schickte er mit einem dritten Kranken ein um. Und der arbeitsfähig geschrieben! Da er allein stehend (verwirrt) ist er auch im Logis auf fremde Hilfe angewiesen. Im Ledigen war sein Platz belegt und er schickte abwechselnd auf der Polizeistation als „Arbeitsfähig“ in der Badekammer, wo sein Platz noch schlimmer wird. Kein Mensch kümmert sich um ihn. Er verweilt. Nichts zu essen! Überall wird er abgehoben, weil die Knappschaff ihn nach sechs Monaten Krankheit nicht in den Stand machen will. Hier zeigt sich das wahre, so gern gezeigte „soziale“ Gesicht der Knappschaff! In der Einstellung Knappschaffverwaltung und der Behörden! Das Vorstandsmitglied der Knappschaff, der altste Bauer Janke-Dewaldenburg, kann sich ausgedehnt nicht machen! Das ist weit gekommen! Wie stehen dazu, Herr Hermann Hoffmann als Vorsitzender? — Zum Tausend solchen Leuten, die für schweres Geld die armen Proleten an den Hals liefern!

U.-U.-U.-Kundgebung

Am Sonnabend und Sonntag finden zwei weitere Kundgebungen statt. Sonnabend, 15. Februar, für die Ortsgruppen Hermsdorf und Waldenburg in Waldenburg, Lokal zum „Eckstein“. Ansetzung um 18.30 Uhr, Anfang 19 Uhr. Sonntag, 16. Februar, veranstaltet vom Internationalen Bund, Gottesberg, Lokal „Schüngenhaus“. Anfang 19 Uhr.

Zehn Jahre Mieterverein Nieder-Hermsdorf

H. R. Der Mieterverein hielt seine Jahresversammlung ab. Die Versammlung war sehr besucht. Sie endete mit einer Feier aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens. Der Vorsitzende, Genosse C. u. n. e. r., sprach eingehend über die Lage der Mieter und die Bedeutung des Vereins. Die Versammlung wurde durch den Vortrag des Vorsitzenden über die Lage der Mieter und die Bedeutung des Vereins. Die Versammlung wurde durch den Vortrag des Vorsitzenden über die Lage der Mieter und die Bedeutung des Vereins.

Wohnungskommission, antwort!

A. R. In dem Hause Waldenburger, Straße 82 in Liebigau wurde durch Verfall eine Wohnung leer geworden. Es muß festgestellt werden, daß die freigewordene Wohnung zu Bürozwecken für Herrn Elektroinstallateur Patzer verwendet wird. Ist das mit Wissen der Wohnungskommission geschehen? Herr Patzer, SPD, rührt sonst die große Trommel. Wie stellen sich Herr Patzer und die Wohnungskommission dazu? Wir erwarten Antwort.

Freiburg

Heraus zum Protest!

Freitag, den 14. Februar, 1930 Uhr, findet im „Blücher“ eine Kundgebung gegen das Republikanengesetz statt. Anschließend: Lichtbildvortrag über „Strafverfolgung in Sowjetunion“. Arbeiter und Arbeiterinnen, Erwerbslose, Eintritt 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

Die alten Degen und die Polizei

A. R. Der Genosse Sch. bekam von einer Frau einige alte Degen geschenkt, die zum Theater spielen gebraucht wurden. Da die Polizei und beschlagnahmte die Degen in Abwesenheit des Genossen Sch. Auf Einwendung des Genossen wurde von der Polizei eine Beschlagnahme, sie wieder zurückzuführen. Später wurde bei einer anderen Frau, bei der die Frau des Genossen Sch. einige kleine Hausarbeiten verrichtet, eine erfolgreiche Hausdurchsuchung vorgenommen. Wir gratulieren der Polizei dazu. Auch wollen wir vermerken (aber im geheimen), daß in der Stube des Genossen Sch. noch eine Degen und hunderte Schuß Munition liegen, auf dem Boden hat er außerdem drei Hüften mit Handgranaten, zwei R.-G., eine Unmenge Jagdtaschen. Man greife also zu!

Reichsjammer

A. R. Am Sonntag war die Verbereransammlung des Reichsjammers. Aber geworden haben sie nichts, denn der Saal wies

na hundert Leere auf, wenn auch der Eintritt nur 20 Pf. betrug. Der Referent redete viel von „Freiheit“. Wie sieht aber die Freiheit in der deutschen Young-Republik aus? Belagerungszustand, Konföderate und das neue Republikanengesetz — das alles nennt die Garbe des Kapitalis Erfolg und Freiheit. Arbeiter, unser Freiheitsbanner ist und bleibt rot!

Aus dem Gemeindeparlament Poldniz

Die letzte Gemeindevertretersitzung in Poldniz nahm folgenden Verlauf: Nachdem die Einführung der Schöffen und nachrückenden Gemeindevertreter erledigt war, wurde zur Wahl der einzelnen Kommissionen geschritten. Hierbei war zu beobachten, wie vielseitig ein gewisser Paul Schlaupitz sein muß. In fast allen Kommissionen ist er vertreten. Schenken wir uns den Schloßer Paul Schlaupitz, der in seinen Ruhezuständen noch Kunstmalerei, etwas näher an. Er war Mitglied der SPD. Doch eines schönen Tages entbrannte der helle Kampf: Schlaupitz und der „Freiburger Bote“ auf der einen Seite, die „Schlesische Bergwacht“ auf der anderen Seite. Obwohl es schon einige Jahre her ist, aber gelacht wird heute noch darüber. Auch eine Erklärung im Gemeindeparlament gab er ab, daß er nicht mehr in der SPD ist. Die Wahlperiode ging zu Ende, nun mußte er doch wieder versuchen, seine Wähler an den Mann zu bringen. Er wurde wieder aktives Mitglied der SPD. Auch der Bildhauer Richard Wähler erscheint wieder auf der Bildfläche. Ihm wurde doch von der Gemeindevertretung einstimmig das Vertrauen entzogen, weil er in dem Siedlungshaus, das der Gemeinde gehört und in dem er die Verwaltung hatte, eigenmächtig Umbauten in seiner Wohnung vornehmen ließ, die Kostenrechnung aber an die Gemeinde schickte.

Bei der nächsten Gemeindevertretersitzung soll die Wahl des stellvertretenden Gemeindevorsethers vorgenommen werden. Die Einwohner müssen zahlreich erscheinen!

Der Antrag der Erwerbslosen auf Bezahlung der Saalmiete wurde von den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten abgelehnt, weil nach Angabe des Gastwirtes das eine Parteiverammlung war. Daß es eine Parteiverammlung gewesen war, begründete der Sozialdemokrat Mykolajczak damit, daß „die SPD unter aller Würde runtergeputzt“ worden ist. Der Gemeindevorsetzer wurde lediglich ermächtigt, 5 Mark für Saalmiete bei Erwerbslosenversammlungen auszugeben. Dem Hausbesitzer Reingebauer schien das zu weit zu gehen.

Striegau

Kein Engel ist so rein wie die Tinten-kulis der „Striegauer Volkszeitung“

Unsere Zeitung brachte vor einiger Zeit eine kurze Notiz, daß der frühere Gemeindevorsetzer, Friseur Begander, Gemeindegelder unterschlagen hat und nun flüchtig ist und daß er mit Hilfe der SPD Gemeindevorsetzer geworden war. Darüber schreibt jetzt so ein besoldeter Kuli in dem Striegauer Käseblättchen eine Entschuldigung, daß das damals ein „unvorhergesehener Mißgriff“ war. Im gleichen Artikel zieht der Kuli über unseren Genossen Geisler her, den er als den Berichterstatter vermutet, um ihn persönlich in Mißkredit zu bringen wegen einer Angelegenheit, die schon über fünf Jahre zurückliegt. Erstens ist es schäbig, eine solche Geschichte persönlich auszusprechen, aber das gehört ja zum „Klassenkampf“ der SPD, zweitens hat der Genosse Geisler den Betrag, den er damals entnommen hat, bis auf den letzten Pfennig zurückgezahlt. Darüber sind die Duitungen vorhanden. Damals waren diese Leute zu feige, eine Funktion im Nachfahrerverein zu übernehmen. So überließ man Geisler die Posten des Vorsitzenden und des Kassierers. Geisler erhielt damals eine Erwerbslosenunterstützung von 4,80 Mark pro Woche. Wenn nun dieser Schmod glaubt, der kommunistischen Bewegung etwas auszuweisen zu können, so ist er auf dem Holzwege, denn nur der, der den Bericht getrigelt hat, hat in Kohnstod und Ober-Kohnstod als Vertrauensmann die Volksfürsorge heruntergewirtschaftet, daß ihm diese Funktion wieder abgenommen werden mußte. Das mußte sein Parteigenosse Schreiber selbst bestätigen. Er soll sich einmal in seinem eigenen

Lager umsehen, wie es dort aussieht. Ueber die Schürzenjägerlei Verschwiegener wollen wir noch schreiben. Auge in Auge zu stehen, sind sie zu selbe, das bewies die letzte Erwerbslosenversammlung in Däp-dorf, wo der Verlademeister Jakob in seiner Eigenschaft als Kreisstadtsabgeordneter mit zugegen war. Wo er sonst gern ein gewichtiges Wort spricht, verließ er schon bei Eröffnung mit seinen Getreuen die Versammlung. Spähen pfeifen von den Dächern, daß der Verlademeisterposten auch wieder in die Brüche geht? Montanant geht Pankchen stampfen. Vergeßlich ist Pankchen, denn einmal hat er den Termin zum Einreichen der SPD-Liste zur Gemeinde verschlafen. Einer von ihnen fragt den Meister, ob er denn nicht weiterarbeiten könnte, als er die Entlassung erhielt. Nicht wahr, ihr Größen? Wenn sie glauben, dadurch Genossen Gelder matt zu machen, da können sie lange warten. Für diesmal wird es wohl genügen. Solltet ihr weiter so schäbig klaffen, wir werden die Antwort nicht schuldig bleiben!

Arbeiterkorrespondent

teile der Redaktion sofort mit, wie das Kampfsprogramm lautet, auf dessen Grundlage die Betriebsratskandidaten in deinem Betrieb aufgestellt werden!

Rundfunk-Programm

Donnerstag, 13. Febr. 9.30: Gleich: Schulfunk. Im Bergwerk. Mit dem Mikro an der Arbeitsstätte: Im Förderturn, Bor Ort. 16.30: Unterhaltungskonzert. Funkkapelle. 17.30: Bäckerstunde. Literaturstunde. 18: A. Mohl: Das Wesen der Philatelie und der Wert philatelistischer Organisation. 18.20: Ing. Fleming: Vom Zinberg bis zur Badewanne. Einl.: Obering. Kolenberg. 18.30: Dr. Stumpf: Wanderung auf dem Mond. 19.10: Dr. Stumpf: Himmelsbeobachtungen im Februar. 19.15: Wetter. 19.15: Abendmusik. Veronika Wieder. Marg. Schlenzka-Kramm (Sopran). Wieder von A. Franz u. P. Cornelius. 20: Wetter. 20: A. Swolinsky: Gewerkschaften und Arbeitsmarktlage. 20.30: Wetter. 20.30: Muffel mit Kullin Egen. Ueblinger: Holusvotus. Kuffige Duo. — Wäher: Pops. „Soheit tanz Walzer“. — Du bist ein Weiden. — Was halt du aus mir gemacht? — Strauß: Kämpferleben. Walzer — Erit lagen sie ja, und dann lagen sie nein. — Schäl ein, mein kleines Sonnenkind. — Vorker: Hallel! 1930! Polvour. — Schläger. — Ring: Das Lied von den Hamab-Inseln als Walzer, als Koxtrill. Funk-Jazzorchester. 21.30: Gleich: D S spricht. Aus einem Bergwerk. Leitung: Dr. Wenzel. P. Rania. 22.35: Langmusik. Funk-Jazzorch.

Freitag, 14. Febr. 15.50: Dr. Margarete Jacobsohn: Erwerbsmöglichkeiten für ältere Frauen. (Sprecherin: E. Schach). 16.30: Leipzig: Walzerstunde. Leipziger Funk-Orch. 17.30: Rinderzeitung: Schulfunk und der Zeitungsonel. 18: G. Hallama: Winterausgang in den schlesischen Bergen. 18.15: W. Reg.-Karl Friedeborn: Mierlei von der Polizei. 18.45: W. Bilsch: Kulturhistorische. 19.05: Voltins. Kälter: Befestigung von Rundfunkanlagen. 19.15: Für die Landwirte: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 19.15: Abendmusik. Rinderland. Wulstorf: Abendgebet; Mit der Njanja; Im Winter. — Rieloms: Musik für Kinder. — Regger: Zum Schließen; Die Pienen; Klein Marie; Ein Tänzchen; Furchtlosheim; Mausefangen. Raete Mid-Jaenide (Meso-opera). Dr. E. Mid (Hilgel). 20: Wiederholung der Wettervorhersage. 20: A. Ränge: Entwicklung und Entfaltung schel. Dichtung. 20.30: Berlin: Schulfunk der Dichter. Lehrer: A. Kerr. Schüler: Joh. A. Becker, Peter Kramm, Max Hermann-Weise, Hermann Kesten, Walter Wehring, Gerhard Böhl, Alfred Wolfenstein u. a. m. 21.30: Konzert. Funkkapelle. 22.45: Reichsturzschritt.

Sonnabend, 15. Febr. 16: E. von Wiese: Bäckerstunde. 16.30: Rund um die Großstadt. Spaziergang mit Schallplatten. 17.30: S. Bahlinger und Dr. Hamburger: Bild auf die Weltwand. 18: Eueranto. 18.10: Reise D/S. Dr. Paslowitz: Wein im Volksbildungs-„Selmgarten“. 18.40: Französisch für Anf. 19.05: Berlin: Abendmusik. Klassische und Nationallänge. Leitung: Edith Lorand (Violine). Kammerorch. 20: Für die Landwirte: Wettervorhersage für den nächsten Tag. 20: Vandera. v. Euterheim: Gastenerklärung in Niederhelfen. 20.30: Vergnügungsanzeiger. „Jedem das Seine“. Heitere Hörfolge von Ewald Fröhlich. Stelleleitung: Dr. Engel. 21.30: Musik aus Tonfilmen. Walters: Aus „Wenn Du einmal Dein Herz verhängst“. „Herzengut“. — Gutmann: Aus „Phantome des Glücks“. „Phantome des Glücks“. „Ich drück Dich an mein Herz ganz leis“. „Cawas wie die Liebe“. — Wilde-Melkner: Aus „Die Nacht gehört uns“. „Wart Du mir treu?“. — Gruber: Aus „Atlantik“. „s' wird keine Naderln geben“. — Gutmann: A. — Das Tonfilmenlied. „Denkst Du noch an mich?“. — Sollon und Drener: Aus „Licht wieder leuchten“. „Ost ist das Glück nur ein Ruh“. — Man: Aus „Tich hab ich geliebt“. — Wal: Aus „Die Melodie des Herzens“. „Bin ich Kaufmann, bin kein großes Tier“. Funkkapelle. 22.85: Langmusik des Funk-Jazzorchesters.

die neue Idee!



Zusammenfassen der Kräfte - Sparen durch Organisation - Rationalisierung - das sind Schlagworte und Tendenzen unserer Zeit.

Auch wir haben uns entschlossen, all unsere Kräfte zu konzentrieren und unser Geschäft immer mehr zu einem Spezialhaus für Bekleidung zu machen. - Was wir bezwecken, ist der Ausbau der Abteilungen: Damen- u. Herrenkleidung, Kinderkleidung, Pelze, Strickwaren, Trikotasen, Strümpfe und Handschuhe, Herrenartikel.

um darin unsere Leistungsfähigkeit noch gewaltig zu erhöhen.

Allerdings - neuer Raum ist dazu nötig, und Opfer müssen gebracht werden. Deshalb ist die Auflösung der Abteilungen: Damen- und Kinderwäsche, Bett- und Frörierwäsche, Badkleidung, Schürzen, Strümpf- und Büstenhalter, Taschenbücher.

unerlässlich, und in einem grandiosen Ausverkauf werden Sie unsere Qualitätswaren dieser Abteilungen für ein Butterbrot kaufen können.

Petersdorf ist gut - aber Petersdorf wird noch besser!

Rudolf Petersdorf

BRESLAU - OHLAUERSTRASSE - SCHUBBRÜCKE

Der Räumungs-Ausverkauf für die vorgenannten Abteilungen beginnt am Donnerstag, den 13. Februar

Aufstand in Indo-China

Eingeborene stürmen das Militärlager — Meuterei in der französischen Militärstation — Offiziere getötet

Paris, 12. Februar. Aus Hanoi in Indo-China wird gemeldet, daß in der französischen Militärstation Yen Bay ein Eingeborenenaufstand ausgebrochen ist.

Nachdem die französischen Behörden in der letzten Zeit mehrfach schwere Repressalien gegen die Eingeborenen ausgesprochen hatten, war die Erregung der Bevölkerung aufs höchste gestiegen. Die Eingeborenen stürmten das Militärlager von Yen Bay. Im Lager brach sofort eine schwere Meuterei aus. Die eingeborenen Schützen verfolgten den französischen Offizieren den Gehorsam. Sie gingen zu den Aufständischen über. Mehrere französische Soldaten, darunter hohe Offiziere, wurden getötet. Die französischen Truppen wurden sofort zusammengezogen und schwerbewaffnet gegen die Aufständischen eingesetzt. Es gelang ihnen jedoch nicht, die Eingeborenen zurückzuschlagen. Immer noch finden Kämpfe statt.

Der französische Kolonialminister Pietri, der sich zur Zeit in London auf der Seeabfertigungskonferenz befindet, hat den Generalgouverneur von Indo-China sofort durch ein Kabeltelegramm angewiesen, eine „genaue Untersuchung“ der Zwischenfälle einzuleiten.

Protestnote der Sowjetunion an Mexiko

Die megikanische Regierung im Schlepptau des Dollarimperialismus

Moskau, 11. Februar. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Bolschewnik Witwinski richtete an das megikanische Ministerium des Aeußeren ein Telegramm mit einem entschiedenen Protest gegen die Haltung der megikanischen Polizei, die einen großen Verstoß gegen die allgemeinen üblichen Regeln des Völkerverkehrs darstellt. Bekanntlich habe der megikanische Geschäftsträger bis zu dem Augenblick, wo er den Boden der Sowjetunion verließ, alle Rechte und Privilegien eines diplomatischen Vertreters genossen. Die Haltung der megikanischen Polizei sei eine vorzügliche Illustration der Meinungen megikanischer offizieller Persönlichkeiten, die die Sowjetunion der Nichtbeachtung der Normen des Völkerrechts und der Höflichkeit bezichtigt.

Veracruz, 11. Februar. In Beantwortung des Protestes des bisherigen Sowjetgesandten in Mexiko, Malar, gegen die Verletzung der diplomatischen Rechte, erklärten die megikanischen Behörden, sie lehnten jede Verantwortung ab.

Die Genossen wurden ausgewiesen und nach ihrer Heimath abgehoben, wo ihnen der sichere Tod droht. Ein amerikanischer Dampfer, der am 11. Januar aus San Francisco auslief, nahm die dem Tode geweihten Gefangenen nach China mit. Die Exekutive der Roten Hilfe hat Maßnahmen getroffen. Sie hoffte, daß es gelingen würde, die Ausweisung nach China in eine Ausweisung in ein Land nach eigener Wahl umzuwandeln. Die vereinigten reaktionäre Clique der amerikanischen Imperialisten und ihrer kubanischen Vasallen widerlegte sich dem jedoch.

Bisher ist von der Hinrichtung unserer vier Genossen noch keine Nachricht eingetroffen. Es ist vielleicht noch nicht zu spät, sie den Händen Chiang Kai Scheks zu entreißen. Das Proletariat der ganzen Welt muß einen wichtigen Protest gegen den frechen Vorstoß gegen das Völkerrecht, das von der Regierung von Kuba und den Behörden der Vereinigten Staaten freudig niedergelassen wird, erheben.

Kuba schießt chinesische Revolutionäre in den Tod

Moskau, 12. Februar. Die Internationale Rote Hilfe teilt mit: Im Oktober wurden auf Befehl der kommunistischen Regierung von Kuba vier chinesische revolutionäre Arbeiter in Havana verhaftet. Sie wurden beschuldigt, unter den chinesischen Werktätigen von Kuba revolutionäre Propaganda geleitet und an der 1. Mai-Demonstration in Havana teilgenommen zu haben.

Die täglichen Demonstrationen in Polen

Warschau, 12. Februar. In Sosnowice drangen etwa tausend Arbeiter anlässlich eines Prozesses gegen Klassen-Genossen unter Führung von drei kommunistischen Abgeordneten in das Bezirksgericht ein. Verirrte Polizei vermochte die Demonstranten nicht auseinanderzutreiben. Auch in Dombrowa-Gornicza fanden starke Erwerbslosenkundgebungen statt.

Aktivität der tschechischen Arbeitslosen

Prag, 12. Februar. Die Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei ist im starken Wachsen begriffen. Die veröffentlichten statistischen Daten zeigen, daß die Zahl der Arbeitslosen am 31. Dezember 1929 52.800 betrug gegenüber 38.293 am 30. November und 34.702 am 31. Oktober. Ende 1928 betrug die Zahl der Arbeitslosen 39.400. Die Arbeitslosigkeit ist also in einem Jahre um rund 33 Prozent gestiegen.

Diese Zahlen der Arbeitslosen sind jetzt bereits um einige Tausende überschritten. Die Aktivität der Arbeitslosen ist im Wachsen begriffen und überall finden Kundgebungen der Arbeitslosen statt.

In Georgswald, in Friedland, in Reichenberg, in Wildenschwert usw. fanden Kundgebungen statt, bei denen die Arbeiterschaft trotz Verbot und wiederholten brutalen Polizeiangriffen die Straße behauptete.

In Karbi und in Komotau, in Brünn usw. fanden schwere Kämpfe der Arbeitslosen und der demonstrierenden Betriebsarbeiter mit der Polizei statt.

In Brünn durchbrachen die Arbeitslosen den Polizeilockdown und wurden von bevollmächtigter Polizei angegriffen.

In Komotau wurden Arbeiter beim Zusammenstoß mit der Polizei verhaftet und verwundet.

Die KPTsch. steht an der Spitze dieser Kämpfe und geht daran, am 6. März die Arbeitslosen gemeinsam mit den Betriebsarbeitern zu Massenkundgebungen zu mobilisieren.

Schwere Zusammenstöße in Stockholm. Montagabend kam es in Stockholm anlässlich eines Bauarbeiterstreiks zu großen Kundgebungen, bei denen ein großes Polizeiaufgebot mit gezogenem Säbel einschritt.

Erfolge des Lenin-Aufgebots

Stürmisches Wachsen der Strohbrigaden

Moskau, 12. Februar. Laut Angaben von zehn Gewerkschaftsverbänden haben sich 32 Betriebe der Stadt Moskau und vier des Moskauer Gebiets als Strohbetriebe erklärt. Nach durchaus unvollständigen Angaben erfassten die Leninischen Strohbrigaden des Moskauer Gebiets 70.000 Arbeiter.

In den Lenin-Tagen sind im Moskauer Gebiet 50.873 Beitritts-erklärungen von Arbeitern an die Parteiorganisation abgegeben worden.

Aus Stalingrad wird berichtet, daß überall Versammlungen abgehalten werden, in denen der Beschluß gefaßt wird, im zweiten Quartal des Wirtschaftsjahres die Leistung zu verdreifachen, um die Anzulänglichkeiten des ersten Quartals wettzumachen. Im Sägewerk von Beletow wurden weitere 19 Brigaden organisiert. In zwei Tagen haben die Werke „Roter Oktober“ 17 Leninische Strohbrigaden mit 467 Arbeitern, darunter 100 Kommunisten, organisiert; in der Fabrik „Sijitsch“ wurden 16 Brigaden ins Leben gerufen. Hundert der besten Arbeiter der Werke „Sarkkaban“ sind der Partei beigetreten, darunter zehn Ingenieure und Techniker.

Wjathamelbet, daß im Bezirk Komintern und im Bezirk Lenin 30 Brigaden organisiert wurden. Im Bezirk Komintern sind in den Brigaden über 70 Prozent der Arbeiter zusammengeschlossen. Viele Mitglieder der Brigaden haben ihre Beitritts-erklärungen zur Partei abgegeben. 150 Brigaden-Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte sind kollektiv der Partei beigetreten. In den Lenin-Tagen sind insgesamt 600 Beitritts-erklärungen zur Parteiorganisation eingegangen.

Polizei erschießt streifende Arbeiter

Montevideo, 12. Februar. In Montevideo (Uruguay) stehen die Arbeiter der dortigen Fleischkonservenfabriken unter der Führung der allgemeinen revolutionären Arbeiter-Konföderation gegen die brutal durchgeführte Nationalisierung im Streik. Die kommunistische Partei von Uruguay hat mehrere große Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt, bei denen es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam, die gegen die Demonstranten das Feuer eröffnete und sieben Arbeiter tötete.

Trotz der unerhörten Terrorisierung der Streikenden, die aus ihren Werkwohnungen ermittelt wurden, weigern sie sich, den Konflikt von einem Schiedsgericht „schlichtet“ zu lassen und führen den Streik unter revolutionärer Führung geschlossen weiter.

Kommunistische Erfolge in Rumänien

Bukarest, 12. Februar. Trotz des unerhörtesten Terrors gegen die revolutionären Arbeiter gewinnen die Kommunisten immer mehr an Einfluß. So haben zum Beispiel in dem siebenbürgischen Industriort Vulcani die Kommunisten bei den Gemeinderatswahlen sieben Mandate erlangt, die Sozialdemokraten sechs und die Regierungspartei nur drei Mandate.

Steigende Arbeitslosenziffern in England

London, 11. Februar. Am 3. Februar betrug die Zahl der Arbeitslosen 1.508.600. Dies bedeutet gegenüber der Woche eine Zunahme von 17.081 und gegenüber dem entsprechenden Zeitpunkt im Vorjahre eine Zunahme um 139.125.

Zum neuen apostolischen Nuntius in Berlin hat der Papst jetzt endgültig Monsignore Cesare Orsenigo, gegenwärtig Nuntius in Budapest, ernannt.

Neuer Präsident von Kolumbien wurde der jetzige kolumbianische Gesandte in Washington, Herrera. Er erhielt als Kandidat der Liberalen und der republikanischen Partei 5000 Stimmen mehr als der konservative Kandidat.



(Schluß)

Die Alte lag auf ihrem dürftigen Lager und schrie und stöhnte vor Schmerzen. Keiner war da, der ihr half. Und Rudolf's Mutter reinigte Treppentritt und dachte dabei an ihre hungertigen Kinder.

„Gott helfe mir,“ schrie die Alte.

Gott kann dir nicht helfen, dachte Rudolf, du müßtest nur mehr zu essen haben und ein paar Kohlen für deine kalte Bude. Er legte ihr sein dürftiges Taschengeld auf den Tisch und verließ sie still.

Zwei Tage darauf war sie tot.

Herzschwäche schrieb der Arzt auf den Totenschein.

Aber er hat gelogen, sie ist verhungert, sie ist buchstäblich verhungert.

Rudolf's Einsegnungstag war ein heller Märzsonntag. Aber an diesem Märzsonntag knallten noch vereinzelt Schüsse durch die leeren Straßen, und vor der Kirche stand ein Maschinengewehr. Wie kann man auch feiern, wenn man weiß, daß schon zwei Tage die Leiche des Vaters auf dem Schulhof liegt und wenn all das nicht wäre — wie kann man feiern, wenn man nur eine graue Hölle und ein braunes Sackloch besitzt.

Und Festtagsaffeln sind auch kein Festessen.

Nein. Und Otto Pietak und Hans Greulich und Willi Apel ging es ebenso. Bei allen langte es nicht zum Feiern. Der „wichtige“ Lebensschritt mußte eben ohne Pfaffenrede und Chemitanzung vor sich gehen. Der Prinzipal fragt auch gar nicht, was für einen Spruch man vom Pfaffen erhalten hat. Das interessiert ihn nicht.

Eher fragt er, ob man schon einen halben Zentner tragen kann. Das interessiert ihn weit mehr.

Jawohl, Freitag gibt's das erste Geld.

Jetzt müssen auch ihre Arme stoßen, ziehen, heben und bewegen. Acht, neun, zehn Stunden. Jetzt sind auch sie Arbeiter. Jetzt war es Frühling geworden.

Die Sonne schien warm und ihre Strahlen drangen bis in den Hinterhof. Niemand brauchte mehr Kohlen zu kaufen und abends sparde man Petroleum. Vom „blauen Band, das durch die Lüste flatterte“, war im Hinterhaus nichts zu verspüren.

Rudolf fuhr morgens mit der Dorortbahn ins Zentrum der Kleinstadt und abends müde zurück. Er sah auch nicht viel vom Frühling. Tagsüber drangen giftige Säuredämpfe in seine Lunge und zertrug scharfe Lauge seine Hände. Wenn er durch das blinde Fabrikfenster sah, blieb sein Blick an einer schmutzigen grauen Hauswand hängen. Aber er hatte nicht einmal Zeit, die graue Hauswand zu betrachten. Schmutzige Klischees warteten darauf, gewaschen zu werden, schmierige Farbstoffe mußten spiegelblank sein. Leere Kisten warteten auf die kläubernde Apphalsfüllung. Scharfe Zink- und Kupferplatten drückten ihm die Schultern wund, wenn er sie trug.

Alles mußte schnell getan werden.

Rudolf konnte nicht irgendwie fehnfüchtigen Frühlingsgedanken nachhängen. Das ging nicht, dann wäre ihm die Zinkplatte zerbrochen oder der Säuretopf übergelaufen. Und dann hätte ihn Herr Frost entlassen. Das wäre nicht wieder gutzu machen, wo niemand weiter verdiente, wie Trudchen und er.

Die Sonne scheint heute heiß in die Straßenschächte hinein. Und die grauen Wände werfen die Hitze zurück. Weit über den Häusern hängt ein wunderbarer blauer Himmel. Er ist heute nicht verquälmt und verrückt. Die Schloten stechen rot und rauchlos in den Himmel. Auf dem niederen Quergebäude wachsen ein paar schüchternen Grashalme und die dürren Äste der drei Kastaniendäume auf der Straße haben sich mit dichtem Laub bekleidet.

Heute ist der 1. Mai.

Am Bahnhof steht eine tausendköpfige Menge. Ueber ihr wehen rote blutige Fahnen. In allen Gesichtern kann man noch die Trauer um die liebgehehrt ermordeten Kameraden lesen, aber neben der Trauer ist Entschlossenheit und neuer Kampfeswille. Helle Augen, erhobene Stirnen.

Die tausendköpfige Menschenmenge formiert sich und marschiert. Eine endlose harte Schlange.

Und über ihnen wehen gleich blutigen Fanalen die roten Fahnen.

An der Spitze marschieren die Jungen, und in der ersten Reihe Rudolf Rau und neben ihm Otto Pietak und Walter Borchardt. Die Jungen geben den Schritt an und sie halten ihn gut, denn über ihnen flirmt ein Lieb und feuert sie an.

In Schöneweide ist alles schwarz von Menschen. Und auch über ihnen sind viele, viele leuchtende Fahnen. Der Zug wird zehnmal so groß, und dann marschieren sie weiter.

Voran die Jugend, und in der ersten Reihe ist Rudolf.

„Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren.“

Er ist glücklich, in der ersten Reihe zu marschieren. Er ist glücklich in dem Gefühl, ein junger kämpfender Arbeiter zu sein. Nein, er will kein „reiner“ und „edler“ Mensch werden. Im Sinne der verlogenen Bücher, die er bergeweise verschlungen hat. Er will diese „reinen“ und „edlen“ Parasiten bekämpfen und vernichten helfen. Diese verfluchten Ausbeuter, die seinen Vater erschließen und seine Großmutter verhungern ließen.

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde —“

Jawohl, sie sollen erwachen, die Unterdrückten und Jen quälten und sollen kämpfen, hart und unerbittlich, mit denselben Waffen, die der Gegner gebraucht.

O, wie stolz er auf seine Klasse war.

Wohl gab es den polnischen Franz und all die andern entgleisten und verbürgerten Menschen, aber es gab auch ein anderes, ein kämpfendes Proletariat.

Und in dieses kämpfende Proletariat wollte er sich einreihen.

Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun —

Im Innern der Stadt treffen sich Zug um Zug.

Laufende, Zehntausende.

In allen ist ein Wille.

Weit über Hunderttausende stehen dichtgedrängt im Lustgarten und über ihnen ist ein Meer von Fahnen.

Rudolf ist so glücklich, wie noch nie in seinem Leben. Er ist nicht mehr allein mit seiner Sehnsucht. Er hat Hunderttausend Kameraden. Am Nationaldenkmal stehen Tausende von schwerbewaffneten Polizeisoldaten. Bereit, auf einen Befehl hin die Gewehre auf die Arbeiter zu richten.

Wir werden sie besiegen, denkt Rudolf und ballt die Fäuste. Und Hunderttausend denken dasselbe.

„Der stille Don“

Coopverlag des Verlags für Literatur und Politik Berlin-Wien 75)

Kosakenroman
von Michael Scholochow

Hinter dem Türken sah man die Wäpfe eines Waldes, die sich mit ihren grünen Spitzen scharf in die bunte Moppel des Himmels hoben. Hinter dem Walde schwallt stännebenener heftig an. Er erschütterte jetzt das Gehör der Ketter, zwang die Pferde aufzuweichen. In den Zwischenräumen knallten Gewehrschüsse. Hinter dem Wald, in der Ferne, kamolp der Rauch der Schrapnell-Explosionen, das Knallen der Gewehrschüsse schwamm von rechts herüber, verstummte, wurde wieder lauter.

Grigorij nahm jedes Geräusch scharf in sich auf, die Nerven spannten sich ungeheuer an. Prochor Sylow wegte auf dem Sattel umher, schwahte, ohne aufzuhören.

„Grigorij, man schießt,“ es hört sich an, als wenn Kinder mit einem Stock einen Pappenzahn entlangfahren. Nicht wahr?“

„Schweig, du Schwäger!“

Die Abteilung ritt dem Türken zu. Auf den Hüfen wimmelte es von Soldaten. In den Sätteln herrschte lebhaftes Treiben: die Girasolier machten sich zur Abfahrt bereit. Auf allen Gesichtern Verzerrung und Schrecken. Auf einem Fasse sah Grigorij beim Vorbeifahren, wie Soldaten unter dem Dach eines Speichers Feuer machten. Der Hauswirt, ein großgewachsener, grauhaariger Weißrusse, erbricht durch das plötzlich hereingebrochene Unglück, glug an ihren vorbei, ohne sie zu bemerken. Grigorij sah, wie seine Familie rotbelegten Hissen auf den Wagen warf und allen möglichen Krempel. Der Hauswirt aber trug vorsichtig und sorgfältig ein altes, zerbrochenes Rad, das nicht mehr zu gebrauchen war, und wohl jahrzehntelang im Keller gelegen hatte, zum Wagen.

Grigorij war über die Köpfligkeit der Weiber erstaunt, die Blumenkörbe und Heiligenbilder in die Wagen trugen und in den Sätteln notwendige und wertvolle Sachen zurückließen!

Jemand hatte ein Federbett angehängt. Staum wirbelte wie Schneegeshöber auf der Straße. Es stank nach Rauch und dumpfem Keller. Ein Jude lief ihnen entgegen. Die dünne, wie mit einem Säbel eingeschnittene Spalte seines Mundes riß ein Schrei auf.

„Herr Kosak, Herr Kosak! Ach, mein Gott... o... oott!“

Ein kleiner, rundköpfiger Kosak ritt im Trab davon, schenkte die Peitsche und beachtete die Schritte des Juden nicht im geringsten.

„Halt!“ schrie dem flüchtenden Kosaken ein Oberleutnant der zweiten Abteilung nach. Der Kosak legte sich auf den Sattelbogen und bog rasch in die nächste Gasse ein.

„Halt, du Hundstott! In welchem Regiment gehörst du?“

Der runde Kopf des Kosaken legte sich auf den Hals des Pferdes. Er trieb das Pferd wie bei einem Rennen heftig an und ritt in wildem Galopp davon. Vor einem hohen Zaun ließ er es aufbäumen und sprang mit einem Satz hinüber.

„Hier ist das neunte Regiment, Cuor Wohlgeboren. Er kann nur von diesem Regiment sein,“ meldete der Wachtmeister dem Oberleutnant.

„Hol ihn der Teufel!“ der Oberleutnant runzelte die Augenbrauen und wandte sich zu dem Juden, der seine Bügel hielt, „was hat er dir genommen?“

„Herr Offizier... meine Uhr, Herr Offizier!“ Der Jude wandte sich schönem, rotthaariges Gesicht dem Offizier zu und blinzelte nervös mit den Augen.

Der Oberleutnant spornte das Pferd an und ritt davon. „Die Deutschen werden kommen und ohnedies alles wegnehmen!“ ... sagte er, in den Schnurrbart lächelnd. Der Jude blieb mitten auf der Straße stehen. Er war ganz niedergeschmettert, sein Gesicht zuckte.

„Geh von der Straße, Herr Hrosvet!“ schrie der Kommandeur der Abteilung streng und hob die Peitsche.

Die vierte Abteilung ritt unter Aufgeschloffe und Sattelnrücken an ihm vorbei. Die Kosaken sahen den erschrocken-verwirrten Juden höhnlich an, riefen einander zu:

„Unserem kann nicht leben, ohne was zu kauen!...“

„Am Kosaken bleibt alles stehen...“

„Man soll die Sachen besser verstecken...“

„Ein geschickter Kerl war's...“

„Wie ein Jagdhund ist er über den Zaun gesprungen...“

Der Wachtmeister Margin blieb ein wenig hinter der Abteilung zurück und hob unter einem Gelächter, das durch alle Reihen rollte, die Lanze.

„Laut, Jude, sonst erstoch ich dich!...“

Der Jude riß erstaunt den Mund auf und ließ davon. Der Wachtmeister holte ihn ein und hieß ihm mit der Peitsche über den Rücken. Grigorij sah, wie der Jude stolperte, das Gesicht mit den Händen zudeckte und sich zu dem Wachtmeister umwandte. Zwischen seinen mageren Fingern spritzte das Blut hindurch.

„Wofür?“ schrie er mit schluchzender Stimme.

Der Wachtmeister zwinkerte mit den wie Uniformknöpfe runden Gabeltangen und rief im Davonreiten:

„Du sollst nicht barfuß laufen, Dummkopf!“

Hinter dem Dorf, neben einem kleinen Tümpel, der mit gelbem Wasserfrosen bewachsen war, beendigten Pioniere den Bau einer breiten Brücke. Nicht weit davon stand dröhnend und zitternd ein Automobil. Ein Chauffeur machte sich an ihm zu schaffen. Janen sah, halb liegend, ein bider, grauhaariger General mit einem kleinen spanischen Bärtchen und Hängebäcken. Neben dem Automobil stand der Kommandeur des 12. Regiments, Kosakenkapitän Kassebin, und der Kommandeur des Pionierbataillons. Der General zapfte nervös am Lederriemen seiner Karte und schrie während, sich an den Pionieroffizier wendend:

„Es wurde Ihnen der Befehl erteilt, die Brücke noch gestern fertigzubauen. Schweigen Sie! Sie hätten sich früher um die Zufuhr von Baumaterial kümmern sollen. Schweigen Sie!“ Der General schrie dröhnend, trotzdem der Offizier den Mund zusammengepreßt hielt. Nur seine Lippen zitterten. „Wie soll ich nun auf die andere Seite fahren? Ich frage Sie, Herr Hauptmann, wie soll ich jetzt hinüberkommen?...“

Ein junger General mit schwarzem Schnurrbart, der links von dem alten General saß, zündete ein Streichholz an, lächelte. Der Pionierhauptmann zeigte, sich nach vorn redend, etwas auf der anderen Seite der Brücke. Die Abteilung ritt vorbei, ritt die Schlucht hinunter, in den Tümpel hinein. Bis zu den Knieen waten die Pferde im grau-schwarzen Sumpf. Von oben, von der Brücke, stelen auf die Kosaken, wie weiße Federn, leichte Holzspäne.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Ober-Schlesien: Felix Fendrosch, Gleiwitz; für Wadenburg und Betsagen Betrieb und Gewerkschaft: Wilhelm Diebold, Breslau; für Pottitz und den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Brandt, Breslau.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Montag bis Freitag
Täglich 20.15 Uhr
Judith

Thalia-Theater
Montag bis Freitag
Täglich 20.15 Uhr
Die Dreigroschenoper

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 8. bis 16. Februar
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 12
Gabalera ruficana
hierauf: Der Bajazzo

Arbeitshofen
von 4.50 bis 24 Uhr
Selbstanfertigung,
da konkurrenzlos
Breslau
Burgstraße 7
Krywalski

Masken u. Theater-Kostüme
neu u. preisgekrönt, verleiht billigst
Größtes Spezialhaus
H. Wiersing, Breslau
Messergasse 50 — am Neumarkt
Tel. 216 44

Feinbäckerei
Giegfried Friedländer, Breslau I
Döhner Str. 39. Zweiggeschäfte: Altbürgerstr. 55, Tauenzienstr. 2, Goethestr. 29, Höfchenstr. 15, Lorestr. 41, Hohenbollnerstr. 37/39, Gartenstr. 60

M. Kricke
empfiehlt
Lebensmittel aller Art
Reelle Bedienung / Niedrigste Preise
Breslau, Pöschstraße Nr. 17
9 Prozent Rabatt

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Bieten an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer . . . 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt . . . 3.70
Himbeersaft . . . per Liter 1.35
(1 Liter über 2 1/2 Pfund)
96% Prima Spirit . . . per Liter 7.00
Total-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Caracas, Goldwasser, Bismarck,
Crème de Cacao, Stierdörfer, Almasch,
Pfefferminz, Rose, Prunelle, Sherry
Brand, Marillens, Pfirsich, Korb und
Rahb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Gustav Putzke, Breslau
Kletschkaustr. 15 u. Eenderplatz 12
die billige Einkaufsquelle in
f. Fleisch- u. Wurstwaren

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Mitterplatz 10 Sternstr. 5/9

Oelsardinen
je 10—12 Fische Inhalt
1 Dose 0.50, 3 Dosen 1.45

Hans Winkler
Breslau, Lützowstraße 16

Möbel
Schlaf-, Speisezimmer,
Wohnzimmer, Küchen
auf
Kredit
auch Einzelmöbel,
Schränke, Vertikals,
Betstellen etc. zu
niedrigsten Preisen.

Max Petersilie
Zigarren-Spezialgeschäft
Breslau, Reuschestr. Nr. 37/38
Frankfurter-Strasse Nr. 164

Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9
neben
Drogerie Wohlfahrt

Bildungsausschuss
des ADGB. Schweidnitz
Freitag, 14. Febr. abds. 8 Uhr
im grossen Volksgartensaal
Gr. Konzert
der ges. Waldenburger Bergkapelle
Kadenz. Vorzügliches Programm
Preise: Num. Saalplatz 1.00 M.
Januar Saalpl. 80 Pf. Gallerie 60 Pf.
Vorverk. Zigarrenh. Bratsch, Peterstr.

Parteilosen!
Kauft nur bei den Insurgenten
Europ. Zeitung

Ihre Besohler billig

Mechan. Besohlenstalt
„Zum Tauenzien“
104
Tauenzienstr. 104
Breslau
Preise i. Schaufenst.

Feinbäckerei
Giegfried Friedländer, Breslau I
Döhner Str. 39. Zweiggeschäfte: Altbürgerstr. 55, Tauenzienstr. 2, Goethestr. 29, Höfchenstr. 15, Lorestr. 41, Hohenbollnerstr. 37/39, Gartenstr. 60

Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelisstr. 3
Bieten an:
Vom Faß gegen Kasse
Breslauer . . . 32% = 2.65
Weinbrand-Verschnitt . . . 38% = 3.45
Weinbrand echt . . . 38% = 4.40
Garantiert aus reinem franz. Wein
Jam.-Rum-Verschnitt . . . 3.70
Himbeersaft . . . per Liter 1.35
(1 Liter über 2 1/2 Pfund)
96% Prima Spirit . . . per Liter 7.00
Total-Liköre einschl. Flasche
Meisterwerke der Destillierkunst
Caracas, Goldwasser, Bismarck,
Crème de Cacao, Stierdörfer, Almasch,
Pfefferminz, Rose, Prunelle, Sherry
Brand, Marillens, Pfirsich, Korb und
Rahb etc.
30% Mk. 3.10 35% Mk. 3.60

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Mitterplatz 10 Sternstr. 5/9

Möbel
Schlaf-, Speisezimmer,
Wohnzimmer, Küchen
auf
Kredit
auch Einzelmöbel,
Schränke, Vertikals,
Betstellen etc. zu
niedrigsten Preisen.

Dawid
Friedr.-Wilh.-Str. 9
neben
Drogerie Wohlfahrt

Parteilosen!
Kauft nur bei den Insurgenten
Europ. Zeitung

Unser Schlager!



Lack mit schöner Stepperel, Block-Absatz

Wieder einmal Volkstage in der Klausner-Schuh-Etage!

Das heißt: Eine Verkaufs-Veranstaltung zu wiederholen, die mit Recht wegen ihrer unglaublichen Vorteile von unseren Kunden immer wieder sehnsüchtig erwartet wird.

- Damen-Spangenschuhe** aus kräftigem Rindbox mit amerikanischem Absatz **4⁸⁵**
- Damen-Schnür- u. Spangenschuhe** braun Rindbox, mit dem beliebten Trossieur-Absatz.... **8⁴⁵**
- Blonde Spangenschuhe** mit passender Kombination, flottes Modell mit amerik. u. franz. Absatz **8⁸⁵**
- Herren-Stiefel** Rindbox, weiß gedoppelt..... **6⁸⁵**
- Herren-Halbschuhe** Lack u. braun Rindbox, moderne Formen, weiß gedoppelt..... **8⁸⁵**
- Zwischenschuhige Herren-Stiefel** besonders fest und gut verarbeitet **10²⁵**
- Kinder-Schnür- u. Spangenschuhe** schwarz Rob-Chevreaux, Größe 31-35 **5.45**, Größe 27-30 **4⁸⁵**
- Kinder-Spangenschuhe** Lackleder, mit hübscher Verzierung, Gr. 31-35 **5.75**, Gr. 27-30 **5²⁵**

10 billige Volkstage

Vom 13.-24. Februar

Dam.-Strümpfe in Mako-Doppelsoble **75**
Herren-Socken Mako-gemuster! **65**

Klausner Schuh-Etage
Ring 22 gegenüber dem Schweidn. Kell. Ring 22 I. bis III. Stock (Fahrstuhl)